

Fragen der Freiheit



I/2005
Heft 269

Regiogeld

Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen –
das sind Dinge, die ihrer Natur nach international
sein sollten, aber laßt Güter in der Heimat herstellen,
wenn immer es sinnvoll und praktisch möglich ist.

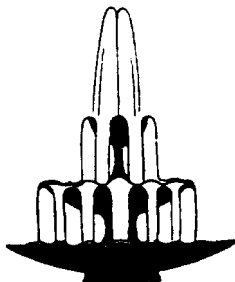
J. M. Keynes

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 269

I/2005



seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73
Internet: www.sffo.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Thomas Seltmann</i>	
Das Geldwesen dezentralisieren	3–9
<i>Christian Gelleri</i>	
Assoziative Wirtschaftsräume – Regionalentwicklung mit Regiogeld	10–40
<i>Werner Onken</i>	
Henry Dunant und Martin Luther King – zwei biografische Skizzen	41–61
<i>Frank Bohner</i>	
Neoliberalismus – Zu den ideengeschichtlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und der Zukunft des Kapitalismus	62–64
Die Autoren dieses Heftes	40

Das Geldwesen dezentralisieren

Thomas Seltmann

Immer mehr Regiogeldinitiativen in Deutschland wollen regionale Wirtschaftskreisläufe ankurbeln.

Der »Chiemgauer« aus Prien am Chiemsee steht Pate beim »Geld der Antiglobalisierer«, das in Deutschland zur Zeit wie Pilze aus dem Boden sprießt. »Regio ergänzt Euro« ist das Motto der zur Zeit bundesweit zwölf Bürgerinitiativen, die dem Kaufkraftabfluss aus ihren Regionen ganz praktisch entgegenwirken wollen. Weitere vierzig Initiativen bereiten eigene Projekte vor.

»Auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat ihn schon«, schrieb der Berliner Tagesspiegel am 3. Februar, dem ersten Ausgabetag des neuen Regiogeldes »Berliner«. Unzählige Medien von der »Zeit« über den »Spiegel« bis »Plusminus« berichten seit zwei Jahren immer öfter über ein neues Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung, das nicht wie üblich von oben verordnet wird, sondern als Bürgerinitiative entsteht. Dabei ist den meisten Aktiven die große mediale Aufmerksamkeit noch gar nicht recht. Denn alle Projekte befinden sich mitten in ihrer Entwicklungsphase und müssen die Bewährungsprobe erst noch bestehen. So wie im Chiemgau, wo die Aktiven des »Chiemgauer« jetzt den Schritt in professionelle Strukturen wagen. Aus dem Schulprojekt des Wirtschaftslehrers Christian Gelleri soll ein selbsttragendes Unternehmen werden.

Geld, das Nutzen stiftet – statt Gewinne

Die Idee für regionales Geld stammt aus Australien und wurde von Declan und Margrit Kennedy nach Deutschland gebracht. Die Architekturprofessorin aus Steyerberg bei Hannover hat sich als Vordenkerin für ein gerechteres Geldsystem längst weltweit einen Namen gemacht. Zusammen mit dem Wirtschaftsprofessor und ehemaligen belgischen Notenbanker Bernard Lietaer schrieb sie vor einem Jahr das Buch »Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand«. Beide sehen einen Kern der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Globalisierung darin, dass die heutigen Monopol-Währungen Euro, Dollar und Yen hohe Spekulationsgewinne für Einzelne ermöglichen. Dem wollen sie durch komplementäre, das heißt die staatlichen Währungen ergänzende Zahlungsmittel Konkurrenz machen. Mit neuem Geld also, das nicht Spekulationsgewinne begünstigt, sondern sozialen Nutzen stiftet.

Dabei reichen die Ideen über regionales Geld hinaus. Selbst die Regierungen von Ländern wie Japan und Brasilien experimentieren inzwischen mit sogenannten sektoralen Komplementärwährungen, die staatliche Aufgaben effizienter erfüllen helfen. »Komplementär« bedeutet, dass ein neues Zahlungsmittel die nationalen Währungen ergänzt und nicht ersetzt. Bernard Lietaer entwickelte für die brasilianische Regierung das Konzept des »Saber«, der die Schulausbildung der Kinder fördern soll. Die Schüler bekommen Bildungsgutscheine, mit denen sie den Nachhilfeunterricht älterer Schüler »bezahlen«. So durchlaufen die Gutscheine in kurzer Zeit alle Klassenstufen und ermöglichen den Absolventen auch noch den Studieneinstieg. Das begrenzte Bildungsbudget des Staatshaushaltes lässt sich auf diese Weise in seinem Nutzen vervielfachen.

Sozialstaatliche Aufgaben sind ein Schwerpunkt der in Japan etablierten Komplementärwährungen. Dabei ist man dort über die Pionierphase von Einzelprojekten bereits hinaus: Lokal- und Regionalwährungen werden in dezentralen Netzwerken systematisch erprobt und weiterentwickelt. Beschleunigt wird der dortige Erkenntnisprozess von den spürbaren Auswirkungen der Globalisierung. In Japan sind den Bürgern die sozialen Folgen einer zehnjährigen Wirtschaftskrise bewusster als den Europäern, denen eine solche dramatische Krise möglicherweise gerade ins Haus steht. Bernard Lietaer rechnet deshalb als Kenner der japanischen Szene damit, dass auch die dortige Nationalregierung den gesammelten Erfahrungsschatz bald in nationale Politik umsetzen wird.

Regiogeld in juristischer Grauzone

Deutsche Behörden zeigen sich dagegen noch weit weniger experimentierfreudig. Die Deutsche Bundesbank und die Aufsichtsbehörde für das Finanzwesen beobachten die Regiogeldprojekte zurückhaltend und weisen auch auf deren juristische Grenzen hin. Gerhard Rösl von der volkswirtschaftlichen Abteilung der Bundesbank beispielsweise sieht zwar eine Störung der Notenbankpolitik erst bei einer sehr stark zunehmenden Verbreitung regionaler Währungen. Außerdem sei dieses »Nebengeld« nur verboten, wenn es geeignet sei, im Zahlungsverkehr das gesetzliche Zahlungsmittel, also den Euro, zu verdrängen. Doch genau das ist zumindest teilweise das Ziel der Regiogeldinitiativen. Dabei kommt ihnen möglicherweise sogar die Europäische Union zu Hilfe. Deren Förderprogramme sind schon in der Vergangenheit Projekten mit lokalen Verrechnungssystemen zu Gute gekommen. Was die eine Institution aus sozialen und wirtschaftspolitischen Gründen fördert, könne die andere Behörde schließlich nicht

einfach wegen rechtlicher Bedenken verbieten, so die Hoffnung der Regiogeld-Aktivisten.

Außerdem vergleichen sie das Regiogeld mit den Bonussystemen von Fluggesellschaften (»Miles and more«), den »Payback« und »Digits« und den in vielen Städten bekannten »City-Cards«, bei denen man mit gesammelten Rabattpunkten ebenfalls bezahlen kann. Nämlich Leistungen und Produkte von Unternehmen, die diese Punkte als Zahlungsmittel akzeptieren. Die Sparkasse Delitzsch-Eilenburg, die sich als erste Bank offiziell für die Einführung eines eigenen Regiogeldes engagiert, ließ zu diesen Fragen eigens ein Rechtsgutachten erstellen, das auch Widersprüche der derzeitigen Rechtslage aufzeigt. Demnach seien derartige Zahlungssysteme erlaubt, sofern sie elektronisch abgewickelt würden. Sobald jedoch Gutscheine gedruckt werden, gerät man in eine rechtliche Grauzone. Hier wie auch in weiteren Fragen besteht also noch reichlich Klärungsbedarf.

Ungedeckte Bedürfnisse und brachliegendes Potenzial zusammenführen

Überhaupt legen die Regiogeldpioniere den Finger auf viele Wunden der herrschenden Ökonomie. Das belegen gerade die Untersuchungen der etablierten Wirtschaftswissenschaft. So hat erst vor wenigen Monaten eine Studie der Universität Kassel nachgewiesen, dass die bisher propagierte Wirtschaftsförderung für strukturschwache Gebiete fast wirkungslos verpufft. Die 32 Milliarden Euro, die von 1991 bis 2002 über Investitionszulagen in Fördergebiete geflossen sind, haben die Situation dort zwar oftmals verbessert. Gleichzeitig nahmen sie jedoch den stärkeren Regionen einen Teil ihrer Wirtschaftskraft. Per Saldo ermittelten die Wirtschaftswissenschaftler Hans-Friedrich Eckey und Reinhold Kosfeld den bescheidenen volkswirtschaftlichen Nutzen von 4 Prozent. Mit diesen Ergebnissen, so Eckey, sei die Hypothese widerlegt, die staatliche Förderung helfe den schwachen Gebieten, ohne die starken zu benachteiligen. Die Regiogeld-Initiatoren sehen diese Gefahr bei ihren Projekten nicht. Im Gegenteil gebe es in vielen Regionen einerseits ein großes Potenzial an brachliegenden Fähigkeiten und Ressourcen - vor allem in Form von arbeitslosen Menschen - erklärt Margrit Kennedy. Gleichzeitig gebe es eine Fülle sozialer Aufgaben, die derzeit nicht finanzierbar wären. Und auch ganz konkrete Bedürfnisse der Menschen blieben, oft aufgrund von Arbeitslosigkeit, ungedeckt: Gesunde Nahrungsmittel, energiesparende Wohnungen, umweltfreundliche Energietechniken. Oft müssten nur ungedeckte Bedürfnisse mit dem Angebot örtlicher Gewerbetreibender, Dienstleister, Landwirte und Einzelhändler zu-

sammengeführt werden. Doch das dafür ursprünglich erfundene Geld fließe immer mehr aus den Regionen ab, zum Beispiel in die Konzernzentralen der Lebensmitteldiscounter und Baumärkte.

Ob daran Regiogeld etwas ändern kann, untersuchen die ersten Forschungsarbeiten, die über das Thema Regiogeld an deutschen Hochschulen begonnen wurden. Zwei Arbeiten liegen bereits vor und unterstreichen die positiven Wirkungen, die Chiemgauer & Co. in der Praxis entfalten können. Aus Prien berichten Händler und Produzenten vereinzelt schon über zweistellige Umsatzsteigerungen und neu geschaffene Arbeitsplätze. In Witzenehausen ist gar die Stadtverwaltung mit von der Partie und bezahlt die Sitzungsgelder der Stadträte mit »Kirschblüten«. Größtes Problem bei der Umsetzung ist die Schaffung oder Reaktivierung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, die in den letzten Jahrzehnten durch Zentralisierung von Unternehmen und extreme Spezialisierung von Produktionsabläufen aufgelöst wurden. Plakatives Beispiel dafür ist der berühmte Becher Erdbeeryoghurt, der vor dem Verzehr mehrmals durch Europa gefahren wird, weil die Erdbeeren in Holland geerntet, in Polen gewaschen und in Bayern in die Milch gerührt werden. In den letzten Jahren versuchten viele Regionen durch Regionalmarketing die Nachfrage nach heimischen Produkten und Dienstleistungen anzuregen, meist mit bescheidenem Erfolg. Im Gegensatz dazu erzeugt Regiogeld einen Nachfragesog nach diesen Angeboten.

Regiogeld: Tauschring für Profis?

Dabei unterscheiden sich die Regionalwährungen wesentlich von den seit vielen Jahren bekannten lokalen Tauschkreisen. Über den Austausch privater Dienstleistungen hinaus ist es beim Regiogeld das Ziel, vor allem Produzenten und Händler von professionellen Gütern und Dienstleistungen anzusprechen. Die Bezahlung geschieht nicht, wie oft bei Tauschkreisen, über stundenbasierte Abrechnungssysteme, sondern über eine eigene Währung, die sich für die teilnehmenden Unternehmen in bestehende Abrechnungssysteme und Abläufe einfach integrieren lässt. Die Regiogeld-Fachleute schätzen, dass mit einer Regionalwährung etwa 30 Prozent des regionalen Bedarfs abgewickelt werden könnte.

In Umlauf gebracht werden die Regios meist durch den Umtausch von Euro in Regio durch die teilnehmenden Konsumenten, meist bei einem Umtauschkurs Regio zu Euro von eins zu eins. Je stärker die regionalen Wirtschaftskreisläufe werden, umso mehr Regios bleiben in Umlauf, weil sie nach dem Kauf von dem beteiligten Händler oder Produzenten erneut zum

Kauf benutzt werden. Wo das zumindest anfangs nicht möglich ist, bieten die Regiogeldprojekte gerade in der Einführungsphase eine Rücktauschmöglichkeit in Euro an, gegen eine Gebühr von etwa 5 Prozent.

Das erste Projekt dieser Art war zwar der Bremer »Roland«. Doch in der öffentlichen Wahrnehmung gelang erst dem ein Jahr später gestarteten »Chiemgauer« der Durchbruch, vor allem durch den vor zwei Jahren erstmals veranstalteten Regiogeld-Kongress. Am 5. Mai fand diese Veranstaltung zum dritten Mal statt und lockte inzwischen mehrere Hundert Teilnehmer aus dem deutschsprachigen Raum nach Priem am Chiemsee. Dort hatte sich auf Initiative von Declan und Margrit Kennedy vor fast zwei Jahren der damals noch kleine Kreis Aktiver zu einem bundesweiten Arbeitskreis »Regionetzwerk« zusammengeschlossen. Auf den vierteljährlichen Treffen, jeweils abwechselnd bei einer anderen Regiogeldinitiative, diskutieren die Mitglieder die aktuellen Entwicklungen, entwickeln neue Ideen und tauschen Erfahrungen aus, damit Fehler nicht zweimal gemacht werden müssen und erfolgreiche Konzepte auch andernorts realisiert werden können. Das Netzwerk wirkt dabei wie ein Katalysator für die Verbreitung der Idee und die gegenseitige Motivation. Die ist oft bitter nötig, schließlich arbeiten die Mitglieder in ihren Initiativen und im Netzwerk weitgehend ehrenamtlich und beschäftigen sich dort oft mit hochkomplizierten ökonomischen und juristischen Fragen. Finanzielle Zuwendungen verschiedener Stiftungen halfen bei der Schaffung grundlegender Arbeitshilfen des Netzwerks und die GLS Gemeinschaftsbank Bochum steht Pate bei der Weiterentwicklung des Chiemgauer in Richtung elektronisches Zahlungsmittel.

Qualitätsstandards gegen Missbrauch und Vereinnahmung

Obwohl sich das Regionetzwerk nicht als Dachverband, sondern eher als loser Zusammenschluss versteht, haben die Mitglieder Qualitätsstandards aufgestellt, die jede Initiative bei der Umsetzung ihres Regiogeldprojektes einhalten soll. Wie jede gute Idee bietet nämlich auch das Thema Regiogeld Spielraum für Missbrauch und Vereinnahmung, beispielsweise für Fälschung oder fragwürdige politische Ansichten. Das Netzwerk versteht sich dagegen klar als überparteilich und weltanschaulich neutral. Um die Idee vor Missbrauch zu schützen, fordern die Netzwerkmitglieder deshalb die Einhaltung von acht Qualitätskriterien:

1. Das Regiogeld soll eine soziale und ökologisch nachhaltige Regionalentwicklung fördern.
2. Die Initiativen müssen gemeinnützig ausgerichtet und finanziert sein.

3. Das Regiogeld soll für die Nutzer, also die Menschen in einer Region, transparent und verständlich sein – ganz im Gegensatz zu den komplizierten Verflechtungen der internationalen Finanzwirtschaft.
4. Regionale Komplementärwährungen sollen demokratische Entscheidungsstrukturen aufweisen und so den Menschen wieder in den Mittelpunkt wirtschaftlichen Handelns rücken.
5. Auf Dauer sollen sich die Projekte wirtschaftlich selbst tragen, um Abhängigkeiten zu vermeiden und nachhaltig wirken zu können.
6. Das Regionalgeld soll so konstruiert sein, dass es sich wie ein neutrales Verrechnungsmittel verhält und nicht wie die heutigen staatlichen Währungen Hortung und Spekulation ermöglicht.
7. Es soll besonders diejenigen regionalen Wirtschaftskreisläufe ankurbeln, die für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen sorgen.
8. Außerdem muss eine Regionalwährung von Anfang an professionell konzipiert werden und kompetente Mitsstreiter haben.

Gerade der Punkt Professionalität war den Initiatoren des Netzwerkes besonders wichtig, denn nichts könnte dem jungen Pflänzchen Regiogeld mehr schaden als das Scheitern eines der Projekte. Besonders sensibilisiert sind die deutschen Regiogeld-Initiativen durch die Erfahrungen mit einer überregionalen Parallelwährung in Argentinien. Der »Credito« sicherte dort während der Wirtschaftskrise seit dem Jahr 1998 zunächst weitgehend das Überleben von fast einem Viertel der Argentinischen Bevölkerung und bewahrte hunderttausende Kinder vor Unterernährung und Hungertod. Als Komplementärwährungsprojekt war es weltweit in seinem Umfang das bisher größte, schreibt Barbara Roßmeißl in ihrer an der Universität Passau im Wintersemester 2003 erstellten Diplomarbeit, die das Projekt und seine Wirkungen detailliert untersucht hat. Ende 2002 brach das System zusammen und befindet sich heute in einer neuen Aufbauphase. Durch die extremen Ausmaße der dortigen Wirtschaftskrise war die Komplementärwährung zu schnell gewachsen. Nicht ausgereifte Kontroll- und Steuerungsmechanismen führten zu Fälschung, Missbrauch und Fehlentwicklungen, die durch die landesweite Gültigkeit der Alternativwährung nicht mehr beherrschbar waren.

Um diese und andere Fehler nicht zu wiederholen, etablierte das deutsche Regionetzwerk bereits im vergangenen Jahr eine eigene Ausbildung für angehende Regiogeld-Mitsstreiter. Geleitet wird dieses Ausbildungsprogramm von dem Aachener Wirtschaftswissenschaftler Ralf Becker, der namhafte Experten aus der »Alternativgeld-Szene« dafür gewinnen konnte. Darüber hinaus wird das Netzwerk in diesem Jahr um weitere Facharbeitskreise ergänzt, in denen Juristen, Wirtschaftsprofessoren und Banker den Praktikern aus den Regionen mit Profi-Know-how zur Seite stehen werden.

Dank all dieser Aktivitäten hofft Klaus Starke als Koordinator des Netzwerkes, dass schon im nächsten Jahr in allen Bundesländern mehrere Projekte in der Praxis funktionieren: »Meine Vision ist eine flächendeckende Verbreitung des Themas, damit auch die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft unsere Initiativen unterstützen.«

Übersicht über die bereits gestarteten Regiogeld-Projekte in Deutschland

Ort	Name	Start	Internetadresse
Bremen	Roland	Oktober 2001	www.roland-regional.de
Chiemgau (Prien)	Chiemgauer	Januar 2003	www.chiemgauer-regional.de
Schleswig	Kannwas	Januar 2004	www.kannwas.org
Gießen	Justus	März 2004	www.justusbuendnis.de
Landkreis Berchtesgader Land (Ainring)	Sterntaler	April 2004	www.sterntaler-regional.de
Heitersheim	Markgräfler	Sommer 2004	www.markgraefler-regional.de
Güsen	Urstromtaler	Oktober 2004	www.urstromtaler.de
Witzenhausen	Kirschblüte	Oktober 2004	www.kirschbluete-regional.de
Pfaffenhofen/Ilm	Hallertauer	November 2004	www.hallertauer-regional.de
Karlsruhe	Carlo	Januar 2005	www.carlo-regional.de
Oberland (Wolfratshausen)	Oberländer	Januar 2005	www.oberland-regional.de
Berlin	Berliner	Februar 2005	www.berliner-regional.de

Literatur:

Margrit Kennedy, Bernard A. Lietaer: Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, Riemann Verlag München, 2004, ISBN 3-570-50052-7, 18,– Euro.

Assoziative Wirtschaftsräume

Regionalentwicklung mit Regiogeld

Christian Gelleri

Der Wunsch, aus Einsicht in die Mängel unseres Geldwesens nicht nur Forderungen an die zentrale Währungsbehörde – früher Bundesbank, heute EZB – zu stellen, sondern selbst etwas zur Gesundung unserer Währungsverhältnisse beizutragen, hat zunächst zur Gründung von Tauschringen, heute zusätzlich von Regionalgeldinitiativen geführt.

Im Bereich der Regionalgeldinitiativen dürfte der Chiemgauer das Projekt sein, an dessen Beginn die intensivsten Bemühungen um Abklärung seiner theoretischen Voraussetzungen standen. Man braucht die dort vertretenen Positionen nicht alle zu teilen, aber man sollte sie kennen, wenn man sich ein Urteil über dieses und andere Regionalgeldprojekte bilden will! Deshalb freuen wir uns, hier das Grundlagenpapier von Christian Gelleri, dem Initiator des Chiemgauers, in seiner aktualisierten, durch die bisher gemachten Erfahrungen angereicherten Fassung veröffentlichen zu können. Wir machen darauf aufmerksam, dass sich auf der Internetseite www.Chiemgauer.info viele Hinweise auf die technische Ausgestaltung und die praktische Handhabung des regionalen Zahlungsmittels finden, die den nachfolgenden Aufsatz anschaulich ergänzen.

Red

Erste Fassung:
1999 im Rahmen des Omnibus-Forschungsprojekts »Neue Geldordnung«



Überarbeitung 2005:
Berücksichtigung empirischer Ergebnisse

Inhaltsverzeichnis

1	Die Idee assoziativer Wirtschaftsräume	11
2	Geld und Gutschein, Regionalwährung und Regiogeld	14
3	Funktionen des Geldes mit Zieldefinition	16
4	Endogen induzierte Regionalentwicklung	18
5	Verteilungsneutrales Geld	19
6	Der Regio als finanzwirtschaftliche Innovation	21
	6.1 Der Regionalbeitrag	21
	6.2 Der Umlauf-Impuls	22
7	Die Funktionen des Regio im Einzelnen	24
	7.1 Regio als Kaufgeld	24
	7.2 Regio als Investitionsgeld	26
	7.3 Regio als Schenkungsmittel	29
8	Die Membranbildung in regionalen Wirtschaftsräumen	30
	8.1 Wohltaten schaffen ohne persönliche Nachteile	30
	8.2 Potenziale nutzen durch Regionalität	31
	8.3 Kritische Masse im Netzwerk und Kostendeckung beim Betreiber	33
	8.4 Die Standortfrage	35
	8.5 Vernetzung mit anderen Regio-Initiativen	35
9	Die Zahlungsformen und die Rechtsfrage	36
10	Auf dem Weg zu Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit . . .	37
11	Literaturverzeichnis	38
12	Kontaktdaten	40

1 Die Idee assoziativer Wirtschaftsräume

»Ökonomische Analyse ist kein Spiel mit immer gleichen Regeln, sondern eine Denkmethode – das theoretische Rüstzeug also, das befähigen sollte, auf die Probleme einer sich verändernden Welt stets neue Antworten zu finden.«¹

¹ Krugman 2001: 216

Im Zuge der Liberalisierung der Weltmärkte werden die Bedingungen des Wettbewerbs immer härter. Vor allem Volkswirtschaften, die an die Grenzen des Wachstums gelangen, spüren die Folgen steigender Renditevorgaben in den Unternehmen und die Grenzen sozialstaatlicher Leistungsfähigkeit. Noch bevor jemand an den Sinn eines Vorhabens oder an einen Menschen denkt, wird gefragt, ob sich das Vorhaben oder die bestehende Anlage rechnet. Die Rendite wird immer mehr zu einer alle Bereiche dominierenden Denkkategorie. Prinzipien wie Gleichheit, Freiheit und Solidarität sind dem nachgeordnet und nur insoweit legitimiert, als sie der Förderung des obersten Gebotes dienen. Die Verbreitung einer einseitig ökonomisch-instrumentellen Rationalität hat vielen Menschen Anlass zu Kritik gegeben, doch meist bleibt es dabei oder die angedachten Lösungen bleiben innerhalb der Systemlogik des Wirtschaftssystems stecken.

Wie kann es gelingen, einseitig eingefahrene Denkgleise zu verlebendigen hin zu einer Balance zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Anforderungen? Man kann dies über global angelegte Strategien versuchen, meist scheitert das jedoch an der Umsetzung vor Ort. Trotzdem braucht man diese globalen Ansätze, weil sie einen wichtigen Orientierungsrahmen anbieten, der eine globale Vernetzung ermöglicht. Ein anderer Weg sind regional orientierte Strategien mit dem Vorteil, dass sie von den Menschen vor Ort gestaltet und getragen werden und bei erfolgreicher Umsetzung modellhaft übertragbar sind. Anstatt ohnmächtig unter globalen Auswüchsen zu leiden, bricht man diese herunter auf die regionale Ebene und geht diese dann Schritt für Schritt an. Soziologische Studien zeigen, dass eine Zusammenarbeit in einer Entfernung bis 50 Kilometer oft besser funktioniert, weil durch die räumliche Nähe häufiger persönlich kommuniziert wird und dadurch eine Vertrauensbasis entsteht. »Die räumliche Nähe wird hier wieder aufgewertet, denn sie bringt intensive Vernetzung von Güter-, Kapital- und Informationsströmen, das wiederum führt zu Lernprozessen, geringeren Transaktionskosten, führt somit zu Wettbewerbsvorteilen und zur regionalen Identität.«²

Aber auch wenn der Aufwand der Vertrauensbildung durch räumliche Nähe geringer ist, ist das noch lange keine Automatik, die zu guten Beziehungen führt, denn einerseits haben wir es mit homogenen Gruppen zu tun wie zum Beispiel Unternehmern, Vereinsmitgliedern, Berufsgruppen. Andererseits sind die Gruppen wiederum sehr heterogen und die Interessen der Unternehmer und der Vereine gehen auseinander. Deshalb geht es auch nicht darum, dass diese Gruppen miteinander »kooperieren«, sondern sich

² Jerne 2003

über gemeinsame Ziele und Regeln verständigen und dann jede Gruppe für sich entsprechend den eigenen Motiven Handlungsstrategien entwickelt. Über die Ziele und Regeln »assoziiieren« sich die Gruppen in einer Region miteinander und wahren gleichzeitig ihre Eigenständigkeit.

Die Größe einer Region bestimmt sich nach der kulturellen Vorgeschichte, nach der Einwohnerzahl, nach dem Durchmesser, nach den wirtschaftlichen Zentren und vor allem auch nach der Struktur wesentlicher regionaler Wirtschaftskreisläufe. Hier muss das Rad auch nicht unbedingt neu erfunden werden, da man sich an Landkreis- und Planungsregionengrenzen orientieren kann, wobei die Übergänge fließend sein dürfen.

Unter einem assoziativen Wirtschaftsraum ist ein zusammenarbeitendes Netzwerk von elementaren Gruppen (Unternehmen, Verbrauchern, Vereinen/Kommunen) in einer Region zu verstehen, das eine nachhaltige³ Steigerung des Lebensstandards⁴ in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht anstrebt und dazu die grundlegenden Bausteine des Wirtschaftens bedarfsgerecht gestaltet. Das Geld ist eines der zentralen Gestaltungsmittel des Wirtschaftslebens und daher wird im Folgenden exemplarisch anhand der Gestaltung des Geldmediums gezeigt, welche Wirkungen kleine demokratische Veränderungen im Geldwesen haben können.

Der Forschungsansatz, der dabei zur Anwendung kommt, ist nicht nur einer freiheitlichen Denkmethode verpflichtet, sondern er unterliegt zusätzlich einer konsequenten Handlungsorientierung. »Heute versucht man in der Wirtschaftsforschung genau wie in den klassischen experimentellen Wissenschaften jedes Modell so weit wie möglich durch Versuche zu überprüfen.«⁵ Aufgrund der räumlichen Überschaubarkeit bieten sich assoziative Wirtschaftsräume geradezu an für die wissenschaftliche Erforschung. Weiterhin wird den Besonderheiten des regionalen Raumes Rechnung getragen, der eben nicht nur rein ökonomisch-instrumentell funktioniert, sondern auch ethische, kulturelle und soziale Orientierungsgrößen aufweist, auf die die wirtschaftswissenschaftliche Perspektive Rücksicht nehmen muss. In der realen Welt gibt es den reinen Homo oeconomicus nicht. Die Menschen agieren aus ihrer körperlich-seelisch-geistigen Individualität heraus. Ökonomen bedauern diese Realität nahezu, weil sie die ökonomische Analyse verkompliziert, zugleich erkennen immer mehr bedeutende Ökonomen die Notwendigkeit einer umfassenden Forschung als einer Mischung aus theoretischer Modellbildung und empirisch-experimenteller Praxis.

³ vgl. zum Begriff der Nachhaltigkeit: Herrmann 2005, S. 5 ff.

⁴ Sen 2000, S. 42 ff.

⁵ Ruffieux 2004, S. 60

»Es gibt noch nicht genug Wissenschaftler, die sich mit eingeschränkter Rationalität beschäftigen. Die offenen Themen bieten daher gerade für jüngere Leute erhebliche Chancen. Kreative Arbeit führt zu Durchbrüchen, Experimente rücken heute immer mehr in den Vordergrund.«⁶

Interessant ist der Unterton im Terminus der »eingeschränkten Rationalität«. Man könnte ebenso sagen, dass es mehr Wissenschaftler geben müsste, die sich mit einer erweiterten Rationalität befassen, also nicht nur mit einer rein ökonomischen, sondern beispielsweise auch mit einer psychologischen, sozialgeografischen oder ethischen Rationalität, wie dies der St. Gallener Wirtschaftsethik-Experte Peter Ulrich einfordert: Als in einem umfassenden Sinne zu verstehende Integration von ökonomischer Rationalität und ethischer Vernunft »kann jede Handlung oder Institution gelten, die freie und mündige Bürger in der vernunftgeleiteten Verständigung unter allen Betroffenen als legitime Form der Wertschöpfung bestimmt haben (können).«⁷ Wir müssen uns bewusst darüber sein, dass die ökonomische Sach(zwang)logik das Ergebnis menschlicher Gestaltungstätigkeit ist. Durch ein konsequentes demokratisches Diskurs-Prinzip bildet sich der assoziative Wirtschaftsraum und setzt eine Veränderung der ökonomischen Sachlogik in die von den Betroffenen gewünschte Richtung in Gang.

2 Geld und Gutschein, Regionalwährung und Regiogeld

Der Begriff des Geldes wird im Folgenden als demokratisch vereinbartes Gestaltungsmittel des Wirtschaftslebens definiert, das bei Zahlungen, Spar- und Investitionsvorgängen sowie Schenkungen Verwendung findet. Geld drückt sich aus in verschiedenen Medien wie zum Beispiel Münzen, Bargeld, Buchgeld und elektronischem Geld. Bei den Medien gibt es desweiteren zahlreiche Derivate wie zum Beispiel Gutscheine, Rabattpunkte, Kreditkarten, Schecks, Wechsel, kurzfristige Spareinlagen und vieles andere. Davon abgegrenzt zu sehen ist der Begriff Währung, bei dem es um einen umfassenden Ordnungsrahmen für ein binnen- und außenwirtschaftliches Finanzsystem geht und das zum Beispiel die Frage des Wertmaßstabs zum Gegenstand hat.

In einem assoziativen Wirtschaftsraum könnte ein komplettes Währungssystem entwickelt werden mit dem Ziel einer umfassenden Neukonstruktion des Geldwesens. Die Gestaltung eines Geldderivats hingegen ist ein Weg

⁶ Reinhard Selten, Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger.

⁷ Ulrich 1997, S. 123

innerhalb der bestehenden Währungsordnung. Wie bei allen Veränderungen gibt es auch beim Geldwesen die Strategie der umfassenden Revolution und die Strategie der schrittweisen Evolution. In den folgenden Ausführungen wird der letztere Ansatz weiter verfolgt, den wir mit der Überschrift »Regiogeld« bezeichnen können, also die Schaffung eines Geldderivats mit bestimmten Spielregeln, die innerhalb einer bestehenden Währungsordnung die Ziele einer regionalen Assoziation fördern.

Definition: Regiogeld (auch Regionalgeld) ist ein zwischen Verbrauchern, Anbietern, Vereinen und Kommunen demokratisch vereinbartes Medium, das innerhalb einer Region als Zahlungs-, Investitions- und Schenkungsmittel verwendet wird und auf Grundlage eines global entwickelten Wertestandards mit anderen sozialen Institutionen auf horizontaler (z. B. andere Regiogelder) und vertikaler Ebene (andere wertschöpfungsfördernde Systeme in der Region) so assoziiert wird, dass sich der Lebensstandard in der Region auf Dauer positiv entwickelt⁸.

Mittlerweile setzt sich im Bereich der Regio-Initiativen der Begriff »Regionalwährung« immer mehr durch als Abkürzung für regionale Komplementärwährungen⁹. Mit Komplementärwährungen bezeichnet Bernard Lietaer die Übereinkunft von Menschen, ein bestimmtes Medium als Austauschmittel zu nutzen¹⁰. Der Bezug auf lokale und regionale Zusammenhänge ist historisch gesehen deutlich älter als nationale Währungsmodelle. Das staatliche Monopolgeld der heutigen Zeit ist erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden und ist heute vor allem in Deutschland nahezu mit einem Absolutheitsanspruch gesetzlich verankert. Durch den Terminus der Regionalwährungen bringt Margrit Kennedy zum Ausdruck, dass es für eine Region Sinn macht, regional vereinbarte Austauschmedien, Verrechnungssysteme und Kreditformen auf Gegenseitigkeit intensiv zu nutzen in Ergänzung zum bestehenden Monopolgeld. Die Abgrenzung des Begriffs »Regionalwährung« erfolgt dabei sehr offen und beinhaltet alle Arten von geschlossenen und offenen Verrechnungssystemen mit oder ohne Bezug auf die Landeswährung bis hin zu fortgeschrittenen Rabattsystemen, wenn gleich darauf hingewiesen wird, dass eine *vollständige* Regionalwährung ein Medium, ein Verrechnungssystem und ein Kreditsystem beinhalten muss¹¹. Folgt man diesem Verständnis, kann das *Regiogeld* als ein Typus verstanden werden, der auf dem bestehenden Landeswährungssystem und

⁸ Diese Definition findet sich auch unter www.wikipedia.de (Stichwort: Regiogeld)

⁹ 1999 erschien diese Arbeit noch mit dem Untertitel „Der nEuro als regionale Komplementärwährung“!

¹⁰ Lietaer 1998

¹¹ Kennedy / Lietaer 2004

auf dem originären Zahlungsmittel (Euro-Bargeld) aufbaut. Bei genauer Überlegung handelt es sich allerdings beim Regiogeld nicht um eine *Währung* und somit ist auch die Bezeichnung Regionalwährung etwas irreführend. Auch um Geld handelt es sich erst, wenn der Regio langfristig umläuft, wenn also ein Verrechnungssystem geschaffen wird, das im Rahmen der gesetzlichen Regeln abgewickelt wird. Betrachtet man die bestehenden Gutschein-Systeme in Deutschland und Österreich, dann ist der ständige Umlauf noch eher die Ausnahme und es überwiegt der Rücktausch nach ein- oder mehrmaliger Verwendung. Daher sind die heutigen Gutschein-Systeme erst als Anfang zur Entwicklung eines vollständigen Regiogeldes anzusehen. Auch die Potenziale lassen sich letztlich nur andeuten und bedürfen des intensiven Willens zur Erforschung, dem Gefühl für die Umsetzung und der fortlaufenden Reflexion der Ergebnisse.

Da der Entwicklungsprozess insgesamt als *ergebnisoffen* bezeichnet werden kann, werden im Folgenden bevorzugt die Begriffe *Regio* für die regionalen Zahlungsmedien und *Regio-Initiativen* für Forschungsprojekte mit verschiedenen Schwerpunkten auf Gutscheinmodell, Regiogeld oder Regionalwährung verwendet¹².

3 Funktionen des Geldes mit Zieldefinition

Geld kann für Zahlungen (Kaufgeld), für Investitionen (Investitionsgeld) und für Schenkungen (Schenkgeld) verwendet werden. Damit sich diese Funktionen nicht wechselseitig behindern, müssen wir zunächst jede Funktion einzeln bedenken und dann überlegen, wie sie am besten arrangiert werden können.

Der größte Teil eines durchschnittlichen Einkommens wird für den Konsum und der größte Teil des Umsatzes für nicht-investive Betriebsausgaben verwendet (Kaufgeld). In der Abwicklung dieser Zahlungen besteht das Interesse an einem gesamtwirtschaftlich preisniveaustabilen Wertmaßstab als Grundlage für eine faire Übereinkunft von Angebot und Nachfrage. An ein regionales Verrechnungsmedium wird die Erwartung geknüpft, dass es bequem und einfach für Zahlungen verwendet werden kann und zugleich eine faire Verhandlungsposition für Anbieter und Abnehmer ermöglicht.

Der Geldhalter hat auch die Freiheit, das Geld zu investieren, sei es direkt oder auf dem Umweg über eine Bank. An diesem Übergangspunkt spreche ich von »*Investitionsgeld*«. Leihen oder Sparen wäre an dieser Stelle ver-

¹² entstanden im Gespräch mit Margrit Kennedy als gemeinsamer Nenner

kürzt, denn Leihen ist definitionsgemäß mit einem nominalen Zins von Null behaftet, was bei einer Inflation reale Verluste bedeuten würde, und Sparen bringt noch lange nicht mit sich, dass das Geld auch real investiert wird. Im Unterschied zum Kaufgeld, bei dem immer eine reale Leistung zum Beispiel über einen Kauf-, Werk- oder Dienstvertrag mit einer Forderung bzw. Verbindlichkeit verbunden ist, steht beim Spar- oder Leihvertrag zuerst einmal nur ein bestimmter Geldbetrag in Verbindung mit einer Forderung bereit. Hier besteht übrigens manchmal das Missverständnis, dass Investitionsgeld (bzw. »Leihgeld«) altern sollte. In Wirklichkeit geht es aber nur darum, dass entsprechend der Alterung und Abschreibung der Investition die Rückzahlung erfolgen soll, damit Kreditkosten nicht ohne Limit weiterlaufen, obwohl die Anlage schon längst abgenutzt ist.

Das Ziel beim Investitionsgeld ist, dass real und sinnvoll investiert wird und dass der Weg zur Investition und wieder zurück über die Rückzahlung unter fairen Konditionen erfolgt. Was heißt aber »fair«? Wir wollen dazu eine dynamische Betrachtungsweise ins Spiel bringen, für die beispielsweise der Nobelpreisträger Amartya Sen plädiert. In einem assoziativen Wirtschaftsraum könnte folgender Orientierungsrahmen für die Wohlstandsverteilung vereinbart werden, wobei die folgenden Zahlen lediglich als Anregung für eigene praktische Verteilungsmodelle zu verstehen sind: Die 20% reichsten und leistungsfähigsten Einkommensbezieher sollen nicht mehr als ein Drittel des Erwirtschafteten erhalten. Die 25% ärmsten Einkommensbezieher sollen mindestens 10% des Erwirtschafteten erhalten. Auf der einen Seite brauchen wir eine Gesellschaft, in der sich die Leistung lohnt, auf der anderen Seite darf das menschliche Maß nicht überschritten werden und der Normalfall sollte sein, dass hohe Einkommen vielleicht das Drei- oder Fünffache eines niedrigen Einkommens ausmachen, aber eben nicht das 1.000fache oder 100.000fache. Langfristig funktioniert es nicht, wenn 20% der Weltbevölkerung 80% des Kuchens bekommen und die 3 reichsten Menschen soviel besitzen wie mehrere Hundert Millionen Arme. Hier ist das menschliche Maß verloren gegangen.

In einem konkreten Kreditbeispiel wird später gezeigt, wie die Umverteilung von Arm zu Reich beim Investitionsgeld gestoppt werden kann, ohne dass für die Anleger ein Verlust entsteht. Es führt sogar nachweislich zu einer höheren Zufriedenheit bei allen Bevölkerungsschichten, wenn die Verteilung relativ gerecht erfolgt¹³.

Vielfach unbeachtet in der ökonomischen Theorie ist die Funktion des *Schenkgeldes*. Dabei ist ein Vielfaches des gegenwärtigen Welt-Bruttosozial-

¹³ vgl. Sen 2000

alprodukts »geschenkt«. Die Erde selbst produziert Güter im Wert von etlichen Billionen Euro und der Mensch bedient sich ihrer *ohne Vergütung*. Familien erbringen für ihre Kinder Dienstleistungen im Wert von vielen Billionen Euro und bestehen auf keiner Rückzahlung. Tausende weitere Beispiele würden zeigen, dass die Weltökonomie zum Großteil eine Schenkökonomie ist und die sogenannte globale Weltwirtschaft mit allen Zahlungs- und Investitionsvorgängen nur einen Bruchteil davon darstellt.

Würde die Erde, eine Mutter oder ein in Vereinen ehrenamtlich Aktiver dem Beispiel der Marktteilnehmer folgen und für jede Leistung eine Gegenleistung fordern, dann wäre unsere hochrentable Weltwirtschaft schnell insolvent und die Zivilisation bedeutungslos. Ein hoffnungsvolles Signal ist es, wenn einem armen Kontinent wie Afrika Schulden erlassen werden, die wegen Zins und Zinseszins nie mehr hätten bewältigt werden können. Neben der Frage beim Investitionsgeld, wie eine Umverteilung erst gar nicht entsteht, ist also die zweite Frage zu stellen, wie extreme Ungleichheiten möglichst durch freiwillige Schenkungen von verantwortungsbewussten Individuen und Kollektiven ausgeglichen werden, damit eine ressourcenneutrale Erhöhung des Lebensstandards mit einer Verteilung nach menschlichem Augenmaß einhergeht. Es gibt übrigens eine ganze Reihe von Beispielen von Stiftungen von sehr reichen Menschen, die hier vorbildlich gewirkt haben. Im Verhältnis zu den Gesamtvermögen sind das nur Bruchstücke, aber klein sind oft die Rinnsale, die dann zu Bächen und Flüssen werden können.

4 Endogen induzierte Regionalentwicklung

»Komplementäre Währungen sind ein innovatives Instrumentarium für die endogene Regionalentwicklung, im Speziellen für die regionale Wirtschaftsförderung. Mit ihnen kann ein geschützter Wirtschaftsraum kreiert werden, in dem eine gemeinwesenorientierte regionale Ökonomie und eine damit verbundene (Wirtschafts)Kultur neu belebt beziehungsweise geschaffen werden kann.«¹⁴

Am Anfang kommt es in der Hauptsache auf den Willen zur Assoziation in der Region an, der sich im konkreten Engagement der Menschen äußert. Das vorgeschlagene Modell des Wandels beginnt mit der Gründung einer selbstverwalteten Einrichtung¹⁵ in einer demokratisch orientierten Rechts-

¹⁴ Bode 2004, S. 126

¹⁵ vgl. Suhr 1988, S. 87ff. und Gelleri 2000

form, d. h. dass alle Grundsatzentscheidungen von den Mitgliedern basisdemokratisch entschieden werden. Förderzweck sind nachhaltige Wirtschaftskreisläufe und die Förderung kultureller Innovationen, die allen Beteiligten in der Region zugute kommen¹⁶.

Dieser Ansatz kann innerhalb des regionalökonomischen Kontextes als eine endogen induzierte Regionalentwicklung bezeichnet werden, die die Bildung einer innovativen Infrastruktur in Verbindung mit vielfältigen finanziellen Anreizen, ergänzt durch Transparenz und Beratung zum Ziel hat. Im Mittelpunkt steht vor allem die qualitative Entwicklung des Lebensstandards und die Mobilisierung der Fähigkeitspotenziale vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen in der Region anstatt des bloßen Imports von Ressourcen von außerhalb. »Der Partizipation, Kooperation und Aktivierung der Bevölkerung wird soviel Gewicht zugemessen, dass die endogene Regionalentwicklung auch als ›Menschenförderungsprogramm‹ bezeichnet wird.«¹⁷

Während die Entwicklung eines breit angelegten assoziativen Wirtschaftsraums, der die wesentlichen Bedürfnisse der Menschen hinsichtlich Lebensmittel, Energie, Mobilität und Wohnen abdeckt, als Strategie der Regionalisierung verfolgt werden sollte, sollte im Portfolio einer Region ebenso eine innovationsorientierte Strategie gefahren werden, die die individuellen Besonderheiten einer Region gezielt zu gebündelten Kompetenzvorteilen ausbaut. Es ist kein Widerspruch, dass in einer Region ein hoher Anteil selbst angebauter Lebensmittel, ein effizientes öffentliches Nahverkehrssystem, ein ressourcenschonender Wohnungsbau aus heimischen Rohstoffen und regenerativ erzeugter Energie ergänzt werden um hochinnovative und flexible Marktführer in den verschiedensten Branchen. Regionalisierung und Globalisierung sind kein Widerspruch, sondern sie ergänzen sich in sinnvoller Weise.

5 Verteilungsneutrales Geld

Viel und lange wurde über die Idee eines verteilungsneutralen Geldes, das allen Menschen dient, diskutiert. Angestoßen wurde die Debatte durch ökonomische Außenseiter wie Silvio Gesell und Rudolf Steiner¹⁸, später setzten sich weltberühmte Ökonomen ersten Ranges wie Irving Fisher und John Maynard Keynes mit den Ideen auseinander und bescheinigten dem Ansatz

¹⁶ vgl. Qualitätskriterien des Regionetzwerks www.Regionetzwerk.de

¹⁷ Musil 2005

¹⁸ vgl. Gesell 1986 und Steiner 1979

Gesells ein hohes wissenschaftliches Niveau¹⁹ und einen praktischen Wert²⁰. Leider hat der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften den Traum von einer gerechten Geldordnung längst begraben. Ökonomen mit dem Schwerpunkt »Verteilungstheorie« findet man immer seltener. Nur vereinzelt finden wir noch theoretische Analysen²¹ und anwendungsorientierte Vorschläge²². Vielleicht fehlen auch nur die einfachen Worte: Paul Krugman verwendet dabei ein Beispiel eines Babysitting-Tauschrings, in dem Eltern wechselseitig anbieten, auf ihre Kinder aufzupassen. Nun tritt das Problem auf, dass im Winter viele Eltern Zeit haben und im Sommer viele Eltern lieber ausgehen. Da die Gutscheine, die im Winter gesammelt werden, aufbewahrt werden können, kommt es im Sommer zu einer sehr hohen Nachfrage, die nicht gedeckt werden kann. Krugman schreibt dazu: »Die Mitglieder müssen wissen, dass im Winter verdiente Coupons an Wert verlieren, wenn sie bis zum Sommer gehortet werden. Beispiel: Fünf Babysitting-Gutscheine schmelzen bis zum Sommer auf vier (wenn sie also nicht rechtzeitig genutzt werden). Dies schafft einen allgemeinen Anreiz, die Gutscheine bzw. Coupons eher einzusetzen, sodass sich mehr Gelegenheiten zum Babysitten bieten. Man könnte nun versucht sein, zu sagen, dies sei doch irgendwie unfair; bedeute es denn nicht eine Art Enteignung der Ersparnisse? Dem ist entgegenzuhalten, dass die Kooperative als Ganze (und damit die Mehrzahl der Mitglieder) ja gerade nicht die Möglichkeit hat, in dieser Weise im Winter für den Sommer vorzusorgen. Folglich würde es dem allgemeinen Interesse zuwiderlaufen und falsche Anreize schaffen, würde man ein 1:1-Verhältnis zwischen Winter- und Sommerstunden zulassen.«²³

Diese Situation lässt sich auf Tausende andere Beispiele des alltäglichen Wirtschaftslebens übertragen. Krugman zeigt hier sehr schlüssig, dass eine Gebühr auf das Transaktionsmittel dazu führt, dass ein assoziativer Wirtschaftsraum als Ganzes davon profitiert. Der Einzelne stimmt den Spielregeln deshalb zu, weil er weiß, dass ein unbeschränkt gültiges Transaktionsmittel im Verhältnis 1 zu 1 der Allgemeinheit schadet, weil die optimale Verteilung dadurch nicht erreicht werden kann.

Paul Krugmann vollzieht einen erstaunlich präzisen und anschaulichen Gedankengang. Als Schlussfolgerung schlägt Krugman eine »kontrollierte Inflation« in Form eines Drucks von mehr Gutscheinen vor. Diese Schluss-

¹⁹ vgl. Fisher 1933

²⁰ vgl. Keynes 1974: 302

²¹ vgl. Senf 2001, Krugman 2000, Olah 2001

²² vgl. Suhr 1988; Lietaer 1999

²³ vgl. Krugman 2000, S. 110

folgerung ist aber leider nicht so präzise wie sie sein könnte: Anstatt mehr Gutscheine zu drucken, die letztlich ja gar nicht durch Leistung gedeckt wären und deshalb zwangsläufig zu irgendeiner Art von Spekulationsblasenbildung führen würden, könnte nämlich genau das getan werden, wovon Krugman im Beispiel spricht, und zwar könnten die Transaktionsmittelbesitzer über eine Regel dazu gebracht werden, einen Teil der vorhandenen Transaktionsmittel an die Gemeinschaft abzugeben.

6 Der Regio als finanzwirtschaftliche Innovation

Der Regio steht für ein regionales Zahlungsmittel mit zwei Spielregeln:

1. Regionalbeitrag (ggf. in Verbindung mit einer Annahmequote)
2. Umlauf-Impuls

6.1 Der Regionalbeitrag

Der Regionalbeitrag wird erhoben, sobald jemand den Regio in Euro zurücktauschen möchte. Ziel ist es, dass nicht zurückgetauscht wird, sondern dass das Zahlungsmittel im Umlauf bleibt. Je höher also der Regionalbeitrag ist, desto stärker ist der Anreiz, wieder in der Region bei Regio-Anbietern einzukaufen. Da es aber viele Anbieter gibt, die vor allem in der Aufbauphase einer Regio-Initiative einen großen Teil zurücktauschen müssen, darf der Regionalbeitrag nicht zu hoch angesetzt sein. Je nach Entwicklungsphase kann der Regionalbeitrag auch langsam ansteigen bis zu dem gewünschten Maß. Beim Chiemgauer beträgt der Regionalbeitrag fünf Prozent der zurückgetauschten Summe, bei anderen Initiativen sind es zwischen drei und zehn Prozent. Bei zehn Prozent Rücktauschgebühr wird oft ein maximaler Anteil des regionalen Zahlungsmittels am Zahlbetrag zwischen Betreiber und Anbieter vereinbart. Beim Sterntaler beträgt dieser zwischen 30 und 100%, je nach Rechnungsbetrag und Branche. Obwohl der Sterntaler doppelt so teuer aussieht, sind die Kosten für die Anbieter durchschnittlich genau so hoch, weil diese beim Chiemgauer in der Regel 100% akzeptieren und beim Sterntaler durchschnittlich 50%.

Im folgenden Rechenbeispiel wird ein Geschäft über 700 Chiemgauer abgeschlossen: Der Anbieter gibt die ganze Summe zurück. Es werden dann 665 Euro überwiesen, der Regionalbeitrag beträgt 35 Chiemgauer. Beim Sterntaler beträgt der Sterntaler-Anteil 50%. Der Anbieter gibt diese 350 Sterntaler zurück, 10% werden in Abzug gebracht und es werden 315 Euro ausgezahlt.

6.2 Der Umlauf-Impuls

Der Begriff »Umlauf-Impuls«²⁴ (andere Begriffe: Liquiditätsgebühr, Liegegeld, Nachhaltigkeitsbeitrag, Umlaufgebühr, rostendes Geld, Schwundgeld) drückt aus, dass dem Umlaufmittel ein kleiner Impuls innewohnt, der dafür sorgt, dass der Umlauf gewährleistet bleibt. Es handelt sich wohlge-merkt um einen Impuls, der den Einzelnen ganz wenig belastet und der All-gemeinheit einen relativ großen Nutzen bringt. Der Umlauf-Impuls besteht in einer prozentualen Belastung des Geldbetrags, die mit der Höhe des Geldbetrages und seiner Verweildauer ansteigt (>negativer Zinssatz<).

Beim Umlauf-Impuls ist das Ziel, dass das regionale Zahlungsmittel immer im Fluss bleibt und nicht zurückgehalten wird. Der Umlauf-Impuls regt eine Entscheidung an, das Zahlungsmittel für das Kaufen, für das Leihen oder für das Schenken zu verwenden. Dass man beim Regio nicht sparen soll, ist ein häufig geäußertes Missverständnis, denn der Regio soll sehr wohl verliehen werden, damit es zu Investitionen in der Region kommt. Die Entscheidung für die Verwendung obliegt dem Zahlungsmittel-Verwender, der Umlauf-Impuls dient dazu, dass die Entscheidung auch wirklich getroffen und nicht zu lange hinausgezögert wird. Damit kommt zum Ausdruck, dass das Zahlungsmittel nicht nur einem persönlich dient, sondern auch dem Nächsten, der darauf war-tet, das Zahlungsmittel zu verwenden. Die Freiheit der Verwendung verbindet sich durch den Umlauf-Impuls mit der Verantwortung für den Nächsten.

Bei der Anwendung des Umlauf-Impulses gibt es bei Gutscheinen die Form von regelmäßigen Ablaufristen, zum Beispiel beim Chiemgauer zwei Prozent pro Quartal. In der elektronischen Ausgestaltung könnte man drei bis sechs Prozent pro Jahr ansetzen, die Abrechnung könnte wöchentlich er-folgen. Was kostet das für den Einzelnen:

Umlauf-Impuls beim Gutschein: Im Durchschnitt hatte ein Mitglied der Chiemgauer-Initiative 2004 etwa 50 Chiemgauer bei sich. Wären alle Chiemgauer am Quartalsende im Umlauf, belaufen sich die Kosten für ein Mitglied auf 1 Chiemgauer pro Quartal oder 4 Chiemgauer pro Jahr. Dieje-nigen, die ihre Chiemgauer rechtzeitig vor dem Quartalsende ausgeben, be-zahlen nichts, andere, die Chiemgauer längere Zeit herumtragen, zahlen mehr. Wer das regionale Zahlungsmittel effizient nutzt, zahlt wenig.

Umlauf-Impuls auf elektronischen Regio: Nehmen wir an, ein Mitglied hat durchschnittlich 50 Regio p.a. auf dem Konto, pro Woche wäre die Bela-stung dann 6 Cent (6 % von 1/52). Wenn nun der Stichtag ein Mittwoch ist, könnten die Zahlungsmittelhalter ihre Zahlungsflüsse so steuern, dass sie am Dienstag relativ wenig auf dem Konto haben. Natürlich hat sich zum

²⁴ Franz Galler, STAR-Initiative in Ainring

Mittwoch die Menge nicht verringert, aber diejenigen, die am Mittwoch viel auf dem Konto haben, haben oftmals von der Entscheidung des Zahlungsmittelhalters am Dienstag profitiert, indem ein Umsatz gemacht wurde, indem ein günstiger Kredit vermittelt wurde oder indem bei einem Verein eine Spende eingegangen ist. Das Gleiche gilt für das Quartalsende, auch hier werden vielfach zusätzliche Entscheidungen getroffen, die für die regionale Gemeinschaft förderlich sind.

Vergleicht man die zeitlichen Befristungen, gibt es Vor- und Nachteile: Eine längere Frist gibt den Zahlungsmittelhaltern die Ruhe, über ihre Entscheidungen nachzudenken, eine kürzere Frist ist insofern gerecht, als eigentlich alle vom Umlauf-Impuls mit ganz kleinen Belastungen betroffen sind und eine Kostenreduzierung durch ein optimiertes Zahlungsverhalten erreicht wird.

Der Umlauf-Impuls ist ein Anreiz dafür, dass das Zahlungsmittel in reale Zusammenhänge hineinfließt. Lässt man den Umlauf-Impuls weg, würde sich im Regio auf längere Sicht die gleiche Grundproblematik wie beim Euro widerspiegeln. Immer mehr Geld fließt hier in die Bargeldhaltung, ins Ausland oder auf Schwarzmärkte und immer mehr Geld fließt in die Sphäre der Finanztransaktionen. Geld würde wieder auf den Zweck reduziert, aus Geld noch mehr Geld zu erzeugen, und die realen Bedürfnisse der Menschen würden immer mehr aus dem Blickfeld geraten.

In der Theorie wird es darum gehen müssen, einen Mittelweg zu finden: Auf der einen Seite ist eine vernünftige Form eines Transaktionsmittels notwendig, das gewährleistet, dass man kleinere und größere Anschaffungen jederzeit tätigen kann. Zusätzlich ist die Verwendungsfreiheit zum Kaufen, Leihen und Schenken zu gewährleisten. Auf der anderen Seite ist eine Minimierung der Spekulationskasse erwünscht, damit keine Spekulationsblasen in der Wirtschaft entstehen können.

Der Umlauf-Impuls ist aus gesellschaftlicher Sicht eine sehr schmerzlose Form, das Zahlungsmittel in Orientierung auf die Ziele einer Region einzusetzen. Der Umlauf-Impuls löst das »Zeitproblem«, indem er das Werden und Vergehen des Lebens in das Zahlungsmittel integriert. Der Regionalbeitrag löst das »Raumproblem«, indem eine regionale Gemeinschaft durch persönliche Nähe und Vertrauen die Zukunft der Region gestaltet. Die praktische Ausgestaltung dieser Spielregeln durch die Menschen schafft ein Modell, das nicht nur für die Region selbst einen Nutzen bringt, sondern weltweiten Modellcharakter haben kann. Wir müssen uns klar darüber sein, dass alle Regionen der Welt einen qualitativ hochwertigen Lebensstandard erreichen wollen und dies nur gelingt, wenn die kulturelle Individualität einer Region in den Vordergrund gestellt wird und die Vielfalt der Kulturen als Bereicherung integriert wird.

7 Die Funktionen des Regio im Einzelnen

7.1 Regio als Kaufgeld

Wenn ein Mitglied einer Regio-Initiative von einem anderen Mitglied ein Gut kauft, überträgt es als Gegenleistung den vereinbarten Betrag. Der Verkäufer bezahlt seine Lieferanten oder Mitarbeiter, um keine Kosten für das erhaltene Guthaben tragen zu müssen. So wandert das Guthaben von Hand zu Hand, weil es keiner längerfristig in der Kasse halten will. Der Weitergabedruck auf Regio führt dazu, dass die Umlaufgeschwindigkeit im Vergleich zum Euro steigt. Nun ergibt sich eine einfache Rechnung:

$$\text{Geld} \times \text{Umlauf} = \text{Umsatz (Absatzmenge} \times \text{Preis)}$$

	Geldmenge	Umlaufgeschwindigkeit	Umsatz
Chiemgauer	30.000	21	630.000
Euro	30.000	11,34	340.000

Ermittlung der Umlaufgeschwindigkeit: Beim Chiemgauer wurden 2004 210.000 Euro in Chiemgauer eingetauscht. Es wurden die Anbieter befragt, wie viel Chiemgauer sie zurücktauschen und weitergeben. Heraus kam eine Weitergabequote von 66 % Ende 2004. Daraus ergibt sich ein Multiplikator von 3 ($=1/(1-\text{Weitergabequote})$). Der Gesamt-Umsatz in Chiemgauer wird nun dividiert durch das durchschnittlich umlaufende Chiemgauer-Volumen. Hieraus ergibt sich eine Umlaufgeschwindigkeit von 21. Bezogen auf die Netto-Wertschöpfung wäre die Umlaufgeschwindigkeit nochmal durch einen geeigneten Faktor zu dividieren.

Um einen fairen Vergleichswert beim Euro zu erhalten, wird der Brutto-produktionswert, genommen als Summe aller geleisteten Werte, dividiert durch die Summe von Bargeld und Sichtguthaben (Geldmenge M1). Dieser Wert ist relativ niedrig und muss entsprechend der unterschiedlichen Umlaufgeschwindigkeit von Sichtguthaben und Bargeld noch gewichtet werden. Hierzu eignet sich die Heranziehung des Einzelhandelsumsatzes und des Bargeldanteils bei Käufen im Einzelhandel.

Mit 30.000 Chiemgauer wurden im Jahr 2004 etwa 630.000 Euro Umsatz erzielt, mit der gleichen Menge in Euro wurden in Deutschland nur 340.000 Euro. Was verbirgt sich hinter dieser Umsatzerhöhung? Wieviel echte zusätzliche Wertschöpfung entsteht in der Region, wieviel ist lediglich eine Verlagerung von einem Anbieter zum anderen und wieviel verschiebt sich von regionalen auf überregionale Anbieter? Aus Gesprächen und einer Unternehmerbefragung kann Folgendes abgeleitet werden:

- Ein Drittel sind echte zusätzliche Leistungen vor allem im Wellness-Bereich oder die Bereitschaft, für ein qualitativ hochwertigeres Produkt mehr auszugeben. Diese Mittel stammen aus einer Senkung der Spekulationskasse bzw. einer Optimierung der Transaktionskasse.
- Ein weiteres Drittel sind Verlagerungen zum Beispiel vom Internetbuchhandel zum lokalen Buchladen oder von Dieselmotoren zu Pflanzenöl. Hier stellen wir also einen Verschiebungseffekt von überregionalen und internationalen Anbietern zugunsten von regionalen fest.
- Das letzte Drittel sind Einkäufe, die nicht bei Bäcker x, sondern bei Bäcker y stattfinden. Für das Kassenhaltungsvolumen in der Region hat das keine Auswirkung.

Interessant ist auch noch der dynamische Zusammenhang zwischen den drei Varianten, denn es ist durchaus möglich, dass der Verbraucher zu Bäcker y geht, der wiederum Mehl aus der Region bezieht und der Müller sich aufgrund der guten Auftragslage veranlasst sieht, seine Lieferautos auf Pflanzenöl umzurüsten usw. Die Qualität der Wertschöpfung wird somit zunächst durch individuelle Konsumententscheidungen entfaltet und durch die Institution des Regio weiter angeregt: *»Letztlich geht es darum, die Konsumentensouveränität, die die ökonomische Theorie einfach als gegeben voraussetzt, durch geeignete institutionelle Rahmenbedingungen und Unterstützungsformen zu fördern und für reflektierende Konsumenten real lebbar zu machen.«* (Peter Ulrich, 1997).

Konsum in Regio richtet sich somit nicht nur auf die aktuellen Bedürfnisse, sondern bezieht über die Unterstützung des Regio auch die zukünftigen Bedürfnisse nach Nachhaltigkeit und Qualität mit ein.

Insgesamt ist bei verschiedenen Regio-Initiativen bereits ein positiver Wertschöpfungseffekt erkennbar, ganz zu schweigen von den fruchtbaren Folgen für die Umwelt durch verringerte Transportwege oder für die Kultur. Der gestiegene Umsatz beim Chiemgauer wird somit überwiegend getragen durch mehr Arbeitseinsatz oder durch die bessere Auslastung von vorhandenen Ressourcen. Plakativ hieße die Formel:

Umlauf-Impuls = höherer Umlauf = mehr Umsatz = mehr Arbeit und bessere Ressourcen-Nutzung.

Eine Signifikanz der Größen ist mit Beträgen von 100.000 Euro natürlich noch nicht gegeben, aber die aktuellen Trends weisen darauf hin, dass sich die Aussagen empirisch mehr und mehr bestätigen. Eine Dynamisierung dieser Entwicklung ist zu erwarten, wenn es gelingt, Investitionen über Regios zu tätigen, was bislang nur ansatzweise probiert wurde.

7.2 *Regio als Investitionsgeld*

Wie kommt es nun beim Regio zu einer Investition? Voraussetzung ist zuerst einmal, dass in einem funktionierenden regionalen Wertschöpfungskreislauf von den Einnahmen nach Abzug der Betriebs- oder Lebenshaltungskosten etwas übrig bleibt. Zusätzlich ist ein Motiv des Sparens nötig, zum Beispiel, um später eine Anschaffung zu finanzieren, um eine Altersrücklage aufzubauen, um für Risiken vorzusorgen, um die Kaufkraft wertstabil zu halten und andere Gründe. Der Sparer achtet bei der Anlage auf den Ertrag, zusätzlich kommen aber auch soziale und ethische Kriterien in Frage (soziale Nähe, Umweltschutz, Kinderarbeit und anderes). Beim Regio kommt noch der Umlauf-Impuls hinzu, der beim Sparer einen sanften Druck erzeugt, eine Entscheidung zu treffen. Aufgrund fachlicher Kompetenzen und gesetzlicher Vorschriften ist eine Bank bei der Kreditvermittlung zwischengeschaltet. Die Bank kalkuliert für sich die Kosten für die Kreditprüfung, Verwaltung und das Risiko des Kreditausfalls. Die Vollkostenkalkulation der Bank ergibt sich somit aus dem Zins, den die Bank an den Sparer entrichten muss, zuzüglich des internen Aufwands und des Risikos. Natürlich wird die Bank am Markt versuchen, noch etwas mehr herauszuholen. Der am Kreditmarkt erzielte Zins abzüglich der genannten Kosten für den Kredit ergibt dann den Gewinn für die Bank.

Für den Sparer ergibt sich eine einfache Rechnung: Den Zins, den er von der Bank erhält abzüglich der Inflationskosten, ergibt den Nettoertrag.

Volkswirtschaftlich interessant ist der Verteilungseffekt, der durch den Zins in Gang gesetzt wird. Das, was die Leistenden über die Inflation sowie den Ausgleich für Aufwand und Risiko hinaus an Zins an den Sparer bzw. an die Bank zahlen, bedeutet eine Umverteilung von den Leistenden zu den Kapitalgebern. Werden die Zinsen wie üblich von diesen nicht verbraucht, sondern wiederum angelegt, wächst also der Kapitalbestand um die Rate des Zinssatzes, so wächst bei konstanter Wirtschaftsleistung der Zinsanteil an der Wirtschaftsleistung immer stärker an, was rein rechnerisch irgendwann dazu führen würde, dass die gesamte Wirtschaftsleistung dem Kapital zufließe. Nur wenn die Wirtschaft selbst in Höhe des Zinssatzes und daher auch in Höhe der Kapitalvermehrung wächst, bleibt die Aufteilung zwischen Leistungs- und Kapitaleinkommen konstant. Um eine laufend größer werdende Umverteilung von der Arbeit zum Kapital zu verhindern, muss daher gefordert werden, dass der Netto-Realzins (d.h. der Zins abzüglich der Inflationsrate und des Entgelts für Aufwand und Risiko der Bank) nicht über der realen Wachstumsrate des Sozialprodukts liegt!

Bereits John Maynard Keynes hat darauf hingewiesen, dass das reale Wachstum nie längerfristig unter dem realen Zinssatz liegen darf, und wenn

es kein Wachstum gibt, muss der reale Zinssatz eben auf Null herunter²⁵. Ansonsten kommt es zu nicht gedeckten Umverteilungseffekten mit langfristigen sehr schädlichen Folgen für die Allgemeinheit. Unter ethischen Gesichtspunkten ist natürlich auch die wachstumsgedeckte Umverteilung kritisch unter die Lupe zu nehmen und die Frage zu stellen, ob diese durch freiwillige (z. B. Stiftung) oder geregelte (z. B. Quellensteuer) Handlungen bzw. Institutionen ganz oder zum Teil aufgelöst werden kann. Zumindest die ungedeckten Umverteilungseffekte lassen sich innerhalb des Marktgefüges durch die zwischen den Betroffenen vereinbarten Spielregeln des assoziativen Wirtschaftsraumes angehen.

Analyse Unternehmerkredit	Abwicklung in Euro		Abwicklung in Regio	
Kreditsumme		3.000.000 €		3.000.000 €
Zinskosten pro Jahr	3,00 %	90.000 €	2,00 %	60.000 €
+ Risiko des Kreditausfalls in %	3,00 %	90.000 €	2,00 %	60.000 €
+ Verwaltungsanteil der Bank	1,00 %	30.000 €	1,00 %	30.000 €
+ Gewinnanteil der Bank	0,50 %	15.000 €	0,00 %	0 €
= nominale Zinsbelastung	7,50 %	225.000 €	5,00 %	150.000 €
Entlastung bei der Finanzierung pro Jahr unter Regio-Bedingungen				75.000 €
Sicht des Sparers				
Bruttozinsertrag pro Jahr	3,00 %	90.000 €	2,00 %	60.000 €
– Inflationkosten	1,50 %	45.000 €	1,50 %	45.000 €
Nettozinsertrag		45.000 €		15.000 €
Bei einer Wachstumsrate von real 0,5 %				
real gedeckte Umverteilung		15.000 €		15.000 €
nicht gedeckte Umverteilung		30.000 €		0 €

Das Kalkulationsbeispiel zeigt bei der Abwicklung in Euro eine Änderung der bisherigen Verteilung von der Seite der Leistenden zu der Seite der Kapitalgeber. Jemand, der Euro-Beträge übrig hat, kann allerdings frei entscheiden, ob er diesen Umverteilungseffekt in Gang setzt oder sein Geld umverteilungsneutral anlegt.

Ähnlich wie im Babysitting-Beispiel von Paul Krugman könnte man sagen, dass es aus Sicht des Einzelnen unfair erscheinen mag, dass man ihn zu einem Zinsverzicht »zwingt«. Aus der Gesamtsicht der Region sind die Spielregeln jedoch logisch, denn wenn der Einzelne mehr erhält als das, was durch das regionale Wachstum verteilt werden kann, erzwingt er eine Änderung der bisherigen Verteilung, die nicht ohne Folgen bleibt. Entweder muss jemand länger, schneller oder innovativer arbeiten, damit die Umverteilung ausgeglichen wird, oder aber jemand bleibt auf der Strecke, sei es der Unternehmer, der Arbeitnehmer oder die Umwelt.

²⁵ vgl. Keynes 1974

Anhand der Berechnungen können wir nun relativ genau ableiten, wie hoch der Zinssatz für den Sparer und für den Kreditnehmer sein müsste. Damit das nun auch so praktiziert werden kann, braucht es zum einen eine Institution, die zu der Kreditvermittlung im obigen Sinne bereit und fähig ist und zum anderen braucht es Kapitalanleger, die bereit sind, Regio zu einem geringeren Zins anzulegen als dies im Vergleich zu einer Euro-Anlage möglich wäre.

Für eine Bank macht die Vermittlung dann Sinn, wenn durch den Regio ein zusätzliches Geschäft zustande kommt und durch ein entsprechendes Vermittlungsvolumen die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. Die Vorteile der Kundenbindung und des Zusatzgeschäfts dürften bei einer entsprechenden Größe einer Regio-Initiative einleuchten, vor allem wenn die grundsätzlichen Leitlinien der Bank mit denen der Regio-Initiative übereinstimmen.

Bei der Sparentscheidung können mehrere Einflussfaktoren identifiziert werden :

- die »Ethik-Neigung« des Anlegers
- spezifische Nutzenpotenziale in homogenen Anlegergruppen
- der Freiheitsgrad, zwischen Euro und Regio zu wählen
- die Differenz zwischen Euro-Zins und Regio-Zins nach Marktbedingungen
- die Laufzeit und das Risiko der Anlage
- die Höhe des Regionalbeitrags und des Umlauf-Impulses

Der einfachste Fall wäre der, dass ein Anleger als reflektierter Wirtschaftsbürger²⁶ eine bewusste individuelle Entscheidung zugunsten einer Sparform in Regio wählt, weil er durch die institutionelle Unterstützung der Bank und der Regio-Initiative sicher gehen kann, dass die angestrebten Ziele einer nachhaltigen Regionalentwicklung verfolgt werden. Da der Anleger mit einem beliebigen Teil des Gesparten einsteigen kann, kann er sehr gut zwischen dem ethischen und dem monetären Nutzen balancieren.

Bei bestimmten Anlegergruppen kann durch die Gestaltung gruppenspezifischer Modelle eine wechselseitige Solidarität in Gang gesetzt werden. Man denke an den Bausparvertrag, bei dem über Sparleistungen Ansprüche auf einen Kredit erworben werden. Ähnliche Modelle sind denkbar bei Unternehmen, die sich bei der Geldbeschaffung und in der Frage des Kreditausfallrisikos solidarisch miteinander vernetzen. Aus solchen speziellen Modellen heraus wird der konkrete Nutzen für die Region sichtbar und bei

²⁶ vgl. Ulrich 1997; S. 330 ff.

einer erfolgreichen Umsetzung steigt das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Institution.

Während im ethischen Fall das Ideal den Ausschlag gibt, steht bei den spezifischen Investitionsformen der Nutzen des Beteiligten unter dem Aspekt der Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund.

Aufgrund der Eigenschaften des Regio und der Tendenz, zuerst Regio und dann Euro auszugeben, ist zunächst ein sehr hoher Freiheitsgrad gegeben, so dass es während der Aufbauphase eines Regio-Systems der ethischen Entscheidung des Anlegers obliegt, Regio-Sparformen zu nutzen. Je mehr sich der assoziative Wirtschaftsraum mit seinen selbst gesteckten Grenzen entfaltet, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit, dass sich originäre Sparpotenziale in Regio bilden. Da der Rücktausch in Euro und das Zurückhalten von Regio Kosten verursachen, steigt somit die ökonomisch motivierte Bereitschaft, Regio zu dem oben ermittelten umverteilungsneutralen Zinssatz zu sparen.

7.3 Regio als Schenkungsmittel

In einem Regiogeld-System kann der Impuls zu einer verstärkten Schenkungstätigkeit von Anfang an in die Überlegungen mit einbezogen werden. Bei der Chiemgauer-Initiative führt der Wechsel von Euro in Regio zu einer Begünstigung eines gemeinnützigen Vereins. Bevor der Chiemgauer ausgegeben wird, entsteht somit bereits als allererstes ein kleiner Schenkanteil, der für kulturelle Innovationen in der Region zur Verfügung steht (s. Ziff. 8.1).

Sehr reflektierte Teilnehmer am Regio-System werden ihre Spenden nicht in Euro tätigen, sondern in Regio, weil sie dadurch dem Begünstigten eine Verpflichtung auferlegen, etwas für die Region zu tun. Wenn ein Unternehmer eine Spende in Regio gibt, entsteht durch den Umlauf wieder Einkommen beim Unternehmernetzwerk in Höhe der regionalen Wertschöpfungsquote. Wer regional schenkt, sichert somit seinen Umsatz. Die regionale Orientierung der Begünstigten wiederum sorgt dafür, dass regionale Anbieter wirtschaftlich erfolgreich sind und dadurch die Schenkneigung erhalten oder sogar gesteigert wird.

Durch die Transparenz und Nähe in der Region können die fruchtbaren Folgen von Schenkungen deutlicher dargestellt und nachvollzogen werden, so dass bei ethisch verantwortlichen Wirtschaftsbürgern die Bereitschaft steigt, überschüssiges Vermögen an regionale Stiftungen abzugeben. Vor allem beim Vererben werden sich vermögende Menschen überlegen, ob sie nicht einen Teil der Region zugute lassen kommen, vor allem wenn keine Erben da sind. Ein ungünstiges Verhältnis von Kapital und Arbeit kann durch diese Einzelentscheidungen langsam harmonisiert werden.

Träger größerer Stiftungen können Kommunen in Zusammenarbeit mit erfahrenen Treuhändern sein, wobei in Zukunft darauf zu achten sein wird, dass die Vergabe von Schenkgeldern möglichst demokratisch erfolgt, wie dies zum Beispiel über die Idee eines »regionalen Spendenparlaments« angestrebt wird. In diesem haben alle Geber eine Stimme und entscheiden demokratisch über Förderanträge aus der Region. Der Vorteil ist, dass eine Vielzahl von Geldquellen genutzt werden kann und die Vergabe nicht über die Höhe der Einlage erfolgt, sondern durch ein für alle Menschen gleiches Grundrecht der Mitbestimmung.

8 Die Membranbildung in regionalen Wirtschaftsräumen

Um die Grenze von der rauen Konkurrenzwirtschaft mit Euro und Dollar in den assoziativen Regio-Raum zu überbrücken, müssen attraktive Einstiegsbedingungen geschaffen werden. Durch die Durchlässigkeit nach innen füllt sich der Regio-Raum mit Liquidität. Ziel ist es, dass die Liquidität innerhalb des Regio-Raums möglichst oft verwendet wird und möglichst lange verweilt. Aus dem Vergleich von umlaufender Liquiditätsmenge und Umsatzvolumen kann der *Umsatz-* und der *Wertschöpfungsmultiplikator* errechnet werden. Fließt ein Euro in die Region und wird dieser zweimal weiter verwendet, ergibt sich ein Umsatzmultiplikator von 2. Beträgt die Wertschöpfung jeweils 50%, ergibt sich eine Wertschöpfung in gleicher Höhe, also ein Multiplikator von 1. Gelingt es im Regio-System, die Verweildauer zu erhöhen und eine viermalige Weiterverwendung zu erreichen, bevor der Regio wieder abfließt, verdoppelt sich der Multiplikator. Aufgrund der Spielregel des Regionalbeitrags ist der Anreiz für den Verwender sehr hoch, den Regio länger im Regio-System zu halten. Ähnlich wie bei einer Membran kann somit die Durchlässigkeit nach innen und außen gesteuert und können somit die Wachstumsbedingungen für den Regio-Raum optimiert werden.

8.1 Wohltaten schaffen ohne persönliche Nachteile

Der Einstieg in den Regio beginnt mit einem bewussten Akt: Ein Konsument, der mit Regio kauft, tut etwas für die heimische Wirtschaft. Er bewirkt als Konsument, dass das Zahlungsmittel nicht in das globale Wirtschaftsgechehen einmündet oder gar im großen Kreislauf der Börsenspekulation entschwindet. Weiterhin sorgt er durch den Umtausch dafür, dass der Nächste das Zahlungsmittel durch den Umlauf-Impuls nicht zurückhält. Umtauschen wird auch, wer die dahinter stehenden Theorien nicht im Detail ver-

steht, aber trotzdem mit den Ideen sympathisiert (Bonus für sich oder Verein, Arbeit schaffen, Existenzgründungen fördern, niedrige Zinsen, basisdemokratische Entscheidungen).

Beim Chiemgauer legt der Kunde eine gemeinnützige Einrichtung fest, die mit 3% der Eintauschsumme vom Einstieg profitiert. Die Konsumenten unterstützen so ihren Kindergarten, ihre Schule, ihren Turnverein, ohne mehr zu bezahlen. Die Unternehmen gewähren keinen Rabatt, sondern unterstützen einen guten Zweck.

8.2 Potenziale nutzen durch Regionalität

Die Leistungsanbieter treten durch die Teilnahme am Regio einem Markt bei, der ein interessantes Umsatzpotenzial bietet. Zum einen werden neue Kunden auf den Anbieter aufmerksam, zum anderen gehen auch bisherige Kunden durch den Kaufanreiz eher zu dem Regio-Anbieter. Der Regio ist somit ein effizientes Marketinginstrument für die Neukundengewinnung und die Kundenbindung.

Anbieter, die ihre Mitarbeiter in Regio bezahlen, bei regionalen Lieferanten einkaufen oder privat Regio ausgeben, haben im Idealfall überhaupt keine Kosten. Unter dem Strich übertreffen die Leistungen des Regiosystems durch Werbung und Kundenbindung den Kostenaufwand. Hinzu kommen die dynamisierenden Effekte des Umlauf-Impulses und die kaufkraftbindende Wirkung des Regionalbeitrags. Bereits nach gut zwei Jahren zeigt sich beim Chiemgauer ein durchschnittlicher Netto-Erfolg bei den Anbietern in Höhe von mehreren Hundert Euro. Das Potenzial und der positive Trend lassen längerfristig auf weitaus höhere Summen schließen. Durch den frühzeitigen Einstieg sichern sich die Anbieter ihre Position.

Für die betriebswirtschaftliche Berechnung des Netto-Erfolgs ist ausschlaggebend, wie viele Chiemgauer eingenommen werden, wie viel pro Leistungseinheit hängen bleibt (Rohertrag), wie hoch der durch den Chiemgauer bedingte Neu-Umsatz ist und wie viele Chiemgauer zum weiteren Einkauf verwendet bzw. zurückgetauscht werden. Zur Begriffsklärung: Der Rohertrag ist das, was an Umsatz erzielt wird abzüglich dessen, was für den Wareneinsatz ausgegeben wird (Umsatz minus variable Kosten).

Kalkulation eines typischen Chiemgauer-Anbieters

Jahresumsatz in Chiemgauer		11.600,00 €
Davon Neu-Umsatz	25,00 %	2.900,00 €
Rohertrag inkl. 16% Umsatzsteuer	30,00 %	870,00 €
Zusätzl. Netto-Rohertrag durch die Teilnahme		750,00 €

Kosten für einen Chiemgauer-Anbieter

Der Anbieter hat am Quartalsende durchschnittlich 200 Chiemgauer:

Kosten für den Umlauf-Impuls p. a.	8,00 %	16,00 €
Der Anbieter tauscht 30% des Chiemgauer-Umsatzes zurück:		
Regionalbeitrag aus 3480 Chiemgauer	5,00 %	174,00 €
Gesamtkosten		190,00 €
Netto-Zusatzertrag für den Chiemgauer-Anbieter		560,00 €
<i>Einmaliger Aufnahmebeitrag</i>		<i>100,00 €</i>

Die Zahlen basieren auf den Ergebnissen einer Anbieterbefragung der Universität Lüneburg²⁷ sowie auf unabhängigen Branchenkennzahlen und den Auskünften einzelner Anbieter im Juni 2005.

Der Chiemgauer-Bestand am Ende einer Frist (hier quartalsweise) ist ausschlaggebend für die Berechnung der Kosten des Umlauf-Impulses. Man beachte, wie niedrig die Kosten für den Umlauf-Impuls im Vergleich zu den anderen Größen sind, weil die Transaktionskasse von den Chiemgauer-Teilnehmern optimiert, der Regio also sehr effizient verwendet wird! Der Rücktausch-Anteil ergibt sich aus den eingenommenen Regio abzüglich der Regio, die wieder für Einkäufe verwendet werden. Der Regionalbeitrag wird nur fällig für den Rücktauschbetrag. Der Netto-Zusatzertrag ergibt sich durch Abzug der Chiemgauerbedingten Gesamtkosten vom Chiemgauerbedingten Netto-Rohertrag. Teilt man den Netto-Zusatzertrag durch den Gesamtumsatz, erhält man den positiven Effekt auf die Umsatzrendite des Anbieters. Da die Umsatzrendite in den letzten Jahren bei mittelständischen Unternehmen vor allem im Einzelhandel eher gesunken ist und oft sogar im Minusbereich liegt, kann der Chiemgauer somit als kleiner stabilisierender Baustein angesehen werden.

Durchschnittliche Betrachtungsweisen sind das eine, es gibt aber je nach Branche mehr oder weniger deutliche Unterschiede.

Ein klarer Fall für die Teilnahme liegt bei Dienstleistungsbetrieben wie Restaurants, Kinos und Schwimmbädern vor, die einen hohen Rohertrag

²⁷ vgl. Herrmann 2005

aufweisen. Bei Freizeiteinrichtungen werden auch viele, die Regios übrig haben, die Gelegenheit nutzen, Leistungen nachzufragen. Regios sind somit gute Stimulatoren für den Wellness- und Kulturbereich mit hervorragenden Ertragschancen. Aufgrund des hohen Dienstleistungsanteils ist es zudem relativ einfach, die Umsätze über Mitarbeiter wieder auszugeben. Für die regionale Wirtschaft ist hier ein Wachstumspotenzial gegeben, ohne den Ressourcenverbrauch signifikant zu erhöhen.

Bei einem Computerhändler könnte erst mal die Befürchtung auftreten, dass aufgrund des niedrigen Rohertrags nichts übrig bleibt. In der Praxis zeigt sich aber, dass der Bedarf an Informationstechnik sehr hoch ist und dass Anbieter aus diesem Bereich überproportional Neu-Umsatz erzielen. Der Effekt kommt eher durch eine Verlagerung von Discountern und Internet-Anbietern zu serviceorientierten Computerhändlern zustande und führt über die Dienstleistung der Computerhändler zu einer erhöhten Wertschöpfung in der Region.

Beim Lebensmittelhändler ist bei den kleinen und mittleren Unternehmen eine hohe regionale Orientierung festzustellen. Daher ist im Lebensmittelbereich zusätzlich zur Weitergabe über die Mitarbeiter die Ausbildung von regionalen Wertschöpfungsketten festzustellen, die längerfristig stark kostenentlastend wirken. Obwohl also der Neu-Umsatz und der Rohertrag relativ überschaubar sind, gehören die regional orientierten Lebensmittelhändler potenziell mit zu den größten Gewinnern.

Bei einem Discounter ist die Teilnahme zwar auch mit einem positiven Nutzen verbunden, doch ist dieser sehr gering. Vor allem die hohe Rücktauschquote in Verbindung mit dem niedrigen Rohertrag schränken die Potenziale für Discounter sehr ein. Hier zeigt sich auch, dass ein Discounter weniger flexibel in der Region agieren kann als zum Beispiel ein Computerhändler oder ein alt eingesessener technischer Großhandel, die immer über private Ausgaben und über Mitarbeiter größere Umsatzanteile weitergeben können. Discounter werden also nur aus Imagegründen mitmachen oder wenn es die Befürchtung gibt, dass sich wichtige Umsätze verlagern könnten.

8.3 Kritische Masse im Netzwerk und Kostendeckung beim Betreiber

Wenn eine bestimmte Anzahl von Unternehmen an dem Netzwerk teilnimmt und die Konsumenten zunehmend positive Erwartungen mit der Regio-Initiative verbinden, dürfte die Finanzinnovation zum regelrechten Selbstläufer werden²⁸. Allerdings ist der Aufbau der kritischen Größe harte

²⁸ vgl. Gelleri 2005

Arbeit. Wer macht den ersten Schritt? Lassen sich genügend Unternehmer auf das Wagnis ein? Gibt es genügend Konsumenten, die begeistert von der Idee auf Anhieb mitmachen?

Einige Regio-Initiativen stehen bereits kurz vor diesem entscheidenden Punkt, vielleicht weil sie auch so »naiv« waren und gesagt haben: Augen zu und durch. Klar ist, dass vor allem die Initiatoren die Hauptlast der Entwicklung zu tragen haben. Die kritische Masse gilt es daher in den Szenarien klar zu fokussieren. Bei Überschreiten der kritischen Masse kann man davon ausgehen, dass die Beteiligten aufgrund des individuellen Nutzens langfristig am Regio-System teilnehmen. Es gibt darüber hinaus die Frage, wie die Kostendeckung für die Betreiber erreicht wird, da die Einnahmen als Ergebnis der Spielregeln dazu auch bei größeren Teilnehmerzahlen nicht ausreichen. Bei genauerer Analyse ist das auch nicht verwunderlich, denn der Regionalbeitrag und der Umlauf-Impuls sind in erster Linie Steuerungsinstrumente! Die Teilnehmer am Regio-System werden aufgrund ihrer demokratisch garantierten Entscheidungskompetenz die Steuerung eher am unteren Rand ansetzen, also genau so, dass der Nutzen für alle Beteiligten am höchsten ist. Dass auch Einnahmen entstehen, ist ein Nebeneffekt, der für sich genommen noch nicht zur Kostendeckung beim Betreiber ausreicht. Es ist richtig, die Einkommensfrage der Mitarbeiter der Betreiberorganisation von diesen Einnahmen getrennt zu sehen. Zum einen ist festzustellen, dass der Betrieb eines Regiogelds nicht ein gewinnorientiertes Unternehmen im klassischen Sinne ist, sondern eine Gemeinschaftsleistung aller Beteiligten. Mitarbeiter, die eine tragende oder koordinierende Aufgabe übernehmen, werden unterstützt durch eine Vielzahl von aktiven Unterstützern. In der Anfangsphase spielen noch Zuwendungen und Zuschüsse eine Rolle, später können in einem etablierten Netzwerk spezifische Leistungen angeboten werden, durch die die Mitarbeiter der Regio-Initiative ein geregeltes Einkommen erzielen können.

Für den Fall, dass Überschüsse entstehen, sind diese dem Gemeinwohl zuzuführen, da eine Regio-Initiative von der Region getragen wird, durch die Region agiert und für die Region wirkt. Eine Regio-Initiative muss hier vorbildlich agieren und innerhalb der Organisation strikt umverteilungsneutral handeln, wie es im regionalwirtschaftlichen Zusammenhang angestrebt wird. Nur was man selbst lebt, kann man von anderen erwarten. Es gibt hier verschiedene Rechtskonstruktionen, die sicherstellen, dass Überschüsse nicht für private Zwecke verwendet werden, zum Beispiel die Kombination aus einem gemeinnützigen Verein und einem Unternehmen oder einem Unternehmen, das sich im Besitz einer Stiftung befindet.

8.4 Die Standortfrage

Die Größe und Dichte einer Region spielt eine entscheidende Rolle. Gerade in der Anfangsphase wird es für die Regio-Initiative schwierig sein, Unternehmen für das Projekt zu erwärmen. In einer dichtbesiedelten Großstadt reicht bereits ein kleiner Promilleanteil der Unternehmen, in einer Kleinstadt müssen dagegen fast alle mitmachen. Klar ist, dass insbesondere wirtschaftsschwache Regionen durch das vorgestellte Netzwerkkonzept neue Stärken entwickeln könnten. Letztlich wird aber jede Region von einem professionell aufgebauten regionalen Zahlungssystem profitieren. Die Entstehung von innovativen Zentren wird dann nicht mehr dem Zufall oder einer willkürlichen Subvention überlassen, sondern in die eigene Verantwortung der Bürger übertragen²⁹. Langfristig würde sich auch die Wirtschaftsstruktur ändern, die weniger von großen und renditeorientierten Konzernen als von kleinen und flexiblen Qualitätsschmieden geprägt wäre.

8.5 Vernetzung mit anderen Regio-Initiativen

Der Regio wurde am Anfang des Kapitels mit einer Membran verglichen, die zugleich offen und geschützt ist. Die Vernetzung von Regio-Initiativen kann man sich organisatorisch als Bündelung von Kompetenzen vorstellen, um die knappen Ressourcen gemeinsam zu optimieren (z.B. Regionetzwerk) und zum anderen sind Übergänge zwischen den Regionen denkbar, die mit einem ermäßigten Regionalbeitrag einhergehen. Ein interessanter Vorschlag für die direkte Vernetzung ist die Berechnung nach der Entfernung³⁰. Eine grundsätzliche Frage ist allerdings, ob man eine direkte Vernetzung der Regio-Einheiten überhaupt möchte oder ob die Verbindung nicht auch über das herkömmliche Ferngeld laufen könnte.

Praktisch erprobt wird die Vernetzung derzeit von der Chiemgauer- und der Sterntaler-Initiative. Es wurden zwei gemeinsame Clearing-Stellen in Traunstein und Teisendorf eingerichtet, bei denen die Anbieter im Verhältnis 1 zu 1 umtauschen können. Dabei treten immer wieder Überhänge auf, so dass es Überlegungen gibt, einen bislang nicht in Kraft getretenen Grenzbeitrag in Höhe von zwei Prozent zu aktivieren.

²⁹ vgl. Krugman 1997: 110 f.

³⁰ vgl. Gustav Kollmeier unter www.giregio.de

9 Die Zahlungsformen und die Rechtsfrage

Die Zahlungsformen spielen für die Akzeptanz der Idee eine sehr wichtige Rolle. Transaktionen müssen bequem, schnell und günstig erfolgen können. Die Funktion der jederzeitigen und vielseitigen Verwendung muss auch beim Regio garantiert werden. Vor 50 Jahren hätte die Lösung dafür gelaute: Bargeld, Bargeld und noch mal Bargeld. Die Zeiten haben sich jedoch gewandelt: Zahlungen erfolgen sowohl in bar als auch in Form elektronischer Medien. Euroscheckkarten, Überweisungen, Abbuchungsaufträge, Lastschriftverfahren, Kreditkarten und sichere Handelswechsel gehören selbstverständlich in das wirtschaftliche Geschehen. Als sinnvoller Weg hat sich erwiesen, mit kreativ gestalteten Papier-Gutscheinen zu beginnen, um die Resonanz auf ein regionales Zahlungssystem zu testen. Wenn die damit verbundenen Ideen Zustimmung bei den beteiligten Gruppen finden und eine zunehmende Dynamik erkennbar ist, werden in den nächsten Schritten moderne Medien in die Zahlungsabwicklung integriert. Auch aus rechtlicher Sicht spricht viel dafür, bei einem steigenden Umlauf-Volumen auf die Kooperation mit professionellen Dienstleistern und Banken zu setzen³¹.

Mit der Entwicklung des elektronischen Regios und internetgestützten Verrechnungsringen werden bereits neue Wege eingeschlagen. Hierbei gibt es eine klare Arbeitsteilung: Die Regio-Initiative sorgt dafür, dass das regionale Zahlungsmittel dynamisch und zum Wohl der Region eingesetzt wird, eine kooperierende Bank gewährleistet die ordentliche Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Rahmen des Bankensystems. Arbeitsteilig werden auch alle weiteren Finanzinnovationen entwickelt, so dass sich die Regio-Initiative nicht in unbekannte Rechtsgebiete wie Kreditgesetze, Prospekthaftung und andere einarbeiten muss. Bei einem klassischen Kreditvorgang wird eine Bank eingebunden, bei einer Existenzgründung ein Existenzgründungszentrum und bei Investitionsvorhaben eine Beteiligungsgesellschaft. Für die Dienstleister entsteht der große Vorteil, dass die Regio-Initiative eng mit den Anbietern zusammen arbeitet und somit über eine gute Kenntnis der Erfolgsaussichten verfügt. Über diese Arbeitsteilung, eine effiziente elektronische Abwicklungsstruktur und eine gute Netzwerkarbeit wird es langfristig zu einer Senkung der Risikorate kommen, die mindestens genau so viele Potenziale hat wie die Senkung des Sparzinses. Die Freisetzung der Fähigkeitenpotenziale und die Entfesselung von kreativen Unternehmern sind letztlich die beiden Schlüssel für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung und damit wären wir nach langen Ausführungen über das Thema Geld nun wieder beim Menschen angelangt.

³¹ vgl. Hardraht / Godschalk 2004

10 Auf dem Weg zu Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit

Seit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und seit der Französischen Revolution ringen die Menschen um die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit. Wenn wir es von der positiven Seite sehen, haben wir mit dem europäischen Modell sehr viel von dem erreicht, was vor 200 Jahren noch undenkbar war. Die Bürger in Europa haben ein hohes Maß an individueller Freiheit, die Partizipation der Bürger ist bereits in vielen Betätigungsfeldern vorhanden und auch die Solidarität ist im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und dem Finanzausgleich in Bund und Europa durchaus beachtlich. Es wäre jedoch fatal zu glauben, dass man auf dem jetzigen Niveau stehen bleiben könnte. Es gibt noch viel zu tun, um das Prinzip der Subsidiarität noch stärker zu verankern und in einem Europa der Regionen vor allem die Kommunalebene zu stärken. Auch die Stärkung der Selbstverantwortung der Bürger hin zu einer Bürgergesellschaft und die Einbindung in Entscheidungen über direktdemokratische Prozesse birgt noch große Potenziale, die zu sehr klaren Grundsatzentscheidungen führen können. »Mit einer Komplementärwährung steht der Regionalpolitik ein Instrument zur Verfügung, welches der regionalen Bürgeraktivierung Aufschwung geben kann, denn es besitzt ein hohes Aktivierungs- und Bewusstseinsbildungspotential. Die Einführung einer Komplementärwährung kann eine öffentliche Diskussion über die ›Selbstverständlichkeit‹ Geld, seine Funktionen und Auswirkungen auf die gegenwärtige Wirtschaftssituation anstoßen. Es geht um die Frage, wie wir zukünftig wirtschaften und leben wollen – und können.«³²

Wenn wir davon ausgehen, dass dem Individuum die Freiheit gebührt, damit es seine Potenziale kreativ entfalten kann und dass der Politik das Grundprinzip der Gleichheit zugrunde liegt, aus dem heraus der Orientierungsrahmen für eine zukunftsfähige Gesellschaft entsteht, dann bleibt zu guter Letzt, dass das Wirtschaftsleben gekennzeichnet sein muss von einer kooperativen Grundeinstellung. Die Konkurrenz sollte dabei nicht der Antrieb sein, sondern das Regulativ der Wirtschaft – und das ist ein großer Unterschied: Wer durch seine Marktstellung beim Preis übertreibt, muss die Konkurrenz fürchten, nicht aber derjenige, der seine Preise fair kalkuliert und seine Leistung in den Dienst der Menschen stellt. Wer mit der Grundeinstellung in den Markt geht: »Ich kooperiere, sei es als Nachfrager oder als Anbieter. Wer gegenüber mir konkurriert, bei dem konkurriere ich auch, aber ich biete immer wieder die Kooperation an.« fördert damit eine Evolu-

³² Bode 2004, S. 127

tion der Kooperation. Psychologische Studien zeigen, dass genau diese Strategie auch langfristig die erfolgreichste ist³³.

Kurz- und mittelfristig können auch Konkurrenz-Strategien funktionieren und sich erst einmal über die Eroberung der führenden Marktstellung verfestigen. Wenn einzelne diese Strategie anwenden, kann das sogar dazu führen, dass immer mehr Menschen dieselbe Strategie einschlagen. In einem solchen Umfeld kommt es dann immer wieder zu Entladungen, die sich vor allem auf die 80% der Menschen auswirken, die nicht zu den Besten gehören. Dennoch können sich solche Strukturen verfestigen, weil die Menschen nichts anderes kennen.

Leider hat dies zur Folge, dass sich das Konkurrenzprinzip auch in Bereichen durchsetzt, wo es nichts zu suchen hat, zum Beispiel im Rechtsleben oder im Verhalten gegenüber der Umwelt. Ursache des Problems ist, dass sich beim Ausgangspunkt, nämlich dem Wirtschaftsleben, nicht das wesensgemäße Prinzip der Kooperation durchgesetzt hat, sondern das genau gegenteilige Prinzip der Konkurrenz oder genauer gesagt: Konkurrenz, ergänzt durch das Prinzip der Kooperation an den Stellen, wo es die Konkurrenzfähigkeit noch erhöht, zum Beispiel in der Bildung von komplexen Konzernen. Das Plädoyer lautet also, das Prinzip der Kooperation im Wirtschaftsleben an die erste Stelle zu setzen und das Konkurrenz-Prinzip als ergänzendes Regulativ einzusetzen.

Um das Prinzip der Kooperation zu lernen, muss es geübt werden, und das kann dauern: Monate, Jahre, Jahrzehnte. Das geeignete Übungsfeld ist der regional überschaubare assoziative Wirtschaftsraum. Ein geeignetes erstes Instrument ist das Geld, das Ähnlichkeiten mit einem Schlagzeug aufweist und einen wunderbaren Rhythmus geben kann, wenn es gut einstudiert ist, aber ebenso das ganze Orchester völlig durcheinander wirbelt, wenn es falsch gespielt wird. Beteiligen dürfen sich an diesem »regionalen Orchester« alle, weil ja jeder Mensch ein Künstler ist, wie Beuys betonte, und jeder Mensch als Prosument (Produzent und Konsument) eingeladen ist, den assoziativen Wirtschaftsraum mitzugestalten.

11 Literaturverzeichnis

- Axelrod, Robert (2000): Die Evolution der Kooperation, München, Erstveröffentlichung: 1984.
- Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? – Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt am Main, 1997.
- Bode, Sieglinde: Potentiale regionaler Komplementärwährungen zur Förderung einer endogenen Regionalentwicklung, Osnabrück, 2004, Diplomarbeit.

³³ vgl. Axelrod 2000 sowie Ergebnisse aus jüngsten Forschungen der Spieltheorie

- Fisher, Irving (1933): Stamp Scrip, New York, 1933.
- Gelleri, Christian (2000): Anders lernen – anders Wirtschaften – Die Wirtschafts- und Lernkultur assoziativer Organisationen, München, 2000 (Diplomarbeit).
- Gelleri, Christian (2005): Regiogeld spieltheoretisch betrachtet, Zeitschrift für Sozialökonomie Nr. 144
- Gesell, Silvio (1986): Die natürliche Wirtschaftsordnung – Durch Freiland und Freigeld, Lauf, 1986.
- Hardraht, Klaus / Godschalk, Hugo (2004): Komplementärwährungsgutachten – Sparkasse Delitzsch-Eilenburg, internes Arbeitspapier, 2004.
- Herrmann, Muriel (2005): Potentiale von Regionalgeld-Initiativen als Multiplikatoren einer nachhaltigen Entwicklung, Lüneburg, Diplomarbeit, 2005.,
- Huth, Thomas (1989): Kapital und Gleichgewicht – Zur Kontroverse zwischen neoklassischer und neoricardianischer Theorie des allgemeinen Gleichgewichts, Marburg, 1989.
- Jerne, Gerald (2003): Regionalentwicklungspotential von kooperativ vernetzten Klein- und Mittelunternehmen (KMU) im Land Kaernten, Klagenfurt, 2003
- Kennedy, Margrit, Lietaer, Bernard (2004): Regionalwährungen – Auf dem Weg zu nachhaltigem Wohlstand, München, 2004.
- Keynes, John Maynard (1974): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin, Erstveröffentlichung: 1936.
- Krugman, Paul (1997): Pop Internationalism, Cambridge, 1997.
- Krugman, Paul (2001): Die große Rezession – Was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt, Erstveröffentlichung: 1999.
- Lietaer, Bernard A. (1999): Das Geld der Zukunft – Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen, Pößneck, 1999.
- Luhmann, Niklas (1999): Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt am Main, 1999.
- Martin, Paul C. (1990): Aufwärts ohne Ende – Die neue Theorie des Reichtums, Frankfurt am Main, Berlin, 1990.
- Mayer, Thomas (1999b): Bürgerbegehren München-Geld, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, September 1999, S. 25–30.
- Musil, Robert (2005): Geld, Raum, Nachhaltigkeit – Alternative Geldmodelle als neuer Weg der endogenen Regionalentwicklung?, Lütjenburg, 2005.
- Olah, Norbert (2001): Die soziale Frage: Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Frankfurt/Main, 2001.
- Ruffieux, Bernard (2004): Märkte im Labor in: Spektrum der Wissenschaft, Mai 2004, S. 60 – 68.
- Sen, Amartya (2000): Der Lebensstandard, Hamburg, Erstveröffentlichung: 1987.
- Senf, Bernd (2001): Die blinden Flecken der Ökonomie – Wirtschaftstheorien in der Krise, München 2001.
- Steiner, Rudolf (1979): Nationalökonomischer Kurs, Dornach, 1979.
- Stüttgen, Johannes (1999): Die Idee der Sozialen Skulptur, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, September 1999, 18–20
- Suhr, Dieter (1988): Alterndes Geld – Das Konzept Rudolfs Steiners aus geldtheoretischer Sicht, Schaffhausen, 1988.
- Ulrich, Peter (1997): Integrative Wirtschaftsethik, Bern–Stuttgart–Wien.

12 Kontaktdaten

Initiativen, die Beratung zum Aufbau einer Regio-Initiative wünschen, können sich an das Regionetzwerk wenden. Die Kontaktdaten finden sich unter www.Regionetzwerk.de

Hinweise, Kritik und Vorschläge zur Theorie des Regiogeldes können Sie per E-Mail senden an Christian Gelleri unter gelleri@chiemgauer.info.

Die Autoren dieses Heftes:

Frank Bohner

Hopfauer Straße 23, 70563 Stuttgart

Christian Gelleri

Salinweg 6, 83071 Stephanskirchen

Werner Onken

Steenkamp 7, 26316 Varel

Thomas Seltsmann

Karl-Bröger-Straße 25, 90459 Nürnberg

Fundstelle des Mottos: J. M. Keynes: Nationale Selbstgenügsamkeit, Erstveröffentlichung 1933.

Henry Dunant und Martin Luther King – zwei biografische Skizzen

Werner Onken

I.

Henry Dunant, das Rote Kreuz und die Hoffnung auf eine Welt ohne Krieg

*»Es wird eine Zeit kommen, da die europäischen Nationen
wie die Kantone der Schweiz zusammengehören werden.«*

Henry Dunant¹

Zwischen Geschäftstüchtigkeit und Wohltätigkeit

Henry Dunant kam 1828 in Genf auf die Welt – in dieser weltoffenen, calvinistisch geprägten Handelsstadt lernte er schon in seinem Elternhaus sowohl Geschäftstüchtigkeit als auch Mitmenschlichkeit kennen. Als Jugendlicher engagierte sich Dunant für sozial Schwache; er ging in Gefängnisse, um Häftlingen etwas vorzulesen. Die ganze Menschheit betrachtete er als eine »einzige große Familie« und gründete die CVJM als eine Keimzelle zu ihrer Vereinigung. Daneben drehte sich sein Leben aber auch um Geld, Zinsen und Gewinne. Dunant ging nämlich vorzeitig vom Gymnasium ab und wurde Bankier und Geschäftsmann. Als Mitarbeiter einer großen schweizerischen Aktiengesellschaft ließ er sich nach Algerien entsenden. Frankreich hatte sich dort gerade mit viel Blutvergießen eine Kolonie erobert und nun winkten dort gute Geschäfte. Bei Genfer Bankiers und Kaufleuten sammelte Dunant ein Kapital von 1 Mio Franken und versprach seinen Geldgebern eine 10%ige Rendite (obwohl Calvin nur 5 bis 7 % erlaubt hatte).² Bald geriet er jedoch in finanzielle Schwierigkeiten und suchte die Hilfe des französischen Kaisers Napoleon III. Der befand sich gerade als Anführer von französischen Truppen in Norditalien, um die Lombardei von der Fremdherrschaft der Habsburger unter ihrem Kaiser Franz Joseph zu befreien.

¹ Zitiert nach Eveline Hasler (2003), S. 134.

² Eveline Hasler (2003), S. 47.

Von der Schlacht von Solferino ...

Henry Dunant schrieb eine schmeichelhafte kleine Broschüre über Napoleon III. und machte sich damit auf den Weg zum französischen Kaiser. Auf dieser Reise wurde er am 24. Juni 1859 unversehens Augenzeuge der sehr blutigen Schlacht von Solferino bei Brescia. Die Kämpfe dauerten nur 15 Stunden, aber in dieser kurzen Zeit starben mehr als 30.000 Soldaten und Zivilisten. Und unzählige Menschen wurden verletzt. Tief betroffen von den Anblicken des Grauens erinnerte sich Dunant an den Einsatz der englischen Krankenschwester Florence Nightingale wenige Jahre zuvor im Krimkrieg und wurde nun auch selbst zu einem barmherzigen Samariter. Er schloss sich Frauen und Männern an, die den vielen Verwundeten halfen und notdürftige Lazarette in den umliegenden Kirchen einrichteten.

Was Henry Dunant dort erlebte, hat er wenig später in seiner »Erinnerung an Solferino« aufgeschrieben: »Die Sonne des 25. Juni beleuchtet eines der schrecklichsten Schauspiele, das sich denken lässt. Das Schlachtfeld ist allerorten bedeckt mit Leichen von Menschen und Pferden. Die Felder sind verwüstet. Die Dörfer sind verlassen. Überall zeigen sich Spuren von Verwüstungen, die durch Gewehrschüsse, Granaten und Haubitzenbeschüsse angerichtet sind. ... Die unglücklichen Verwundeten, die man tagsüber aufammelt, sind bleich, fahl und verstört. Wer diesen weiten Schauplatz der Kämpfe vom vorigen Tag durchwandert, trifft bei jedem Schritt und in mitten einer Verwirrung ohnegleichen unaussprechliche Verzweiflung und entsetzliches Leid.«³

»Die ganze Stadt verwandelte sich in ein großes behelfsmäßiges Hospital für Franzosen sowohl wie für Österreicher. Die Bewohner geben alles hin, was sie an Decken, Leinen, Strohsäcken und Matratzen entbehren können. ... Seite an Seite liegen Kranke aller Nationen: Franzosen und Araber, Deutsche und Slawen. Man legt sie dort nieder, wo Platz ist. ... Ich versuche so gut wie möglich, die Hilfeleistungen in denjenigen Stadtvierteln zu organisieren, welche am meisten von allen Hilfskräften entblößt sind. Und ich nehme mich besonders einer der Kirchen von Castiglione an – Chiesa Maggiore heißt sie. ... Die Frauen von Castiglione erkennen bald, dass es für mich keinen Unterschied der Nationalität gibt, und so folgen sie meinem Beispiel und lassen allen Soldaten das gleiche Wohlwollen zuteil werden. ‚Tutti fratelli!‘ wiederholen sie immer wieder gerührt. ‚Alle Menschen sind Brüder.‘«⁴

³ Henry Dunant (1972), S. 37–38.

⁴ Henry Dunant (1972), S. 49–50, 54, 56 und 63–64.

... zur Gründung des Roten Kreuzes

Die Eindrücke des Leids, das Henry Dunant in Solferino miterlebt hatte, wirkten auch nach seiner Abreise in ihm weiter. Ständig überlegte er, ob sich nach dem Krieg nicht eine Hilfsorganisation gründen ließe, die in einer erneuten Kriegszeit den Verwundeten besser helfen könnte, als es in Solferino möglich war. Dunant veröffentlichte seine »Erinnerungen an Solferino« als Buch (1862), um die Menschen wachzurütteln. Es wurde auch gleich in mehrere Sprachen übersetzt und nach mühsamen Vorbereitungen war es 1864 schließlich so weit: Vertreter von 16 europäischen Regierungen gründeten in Genf das Internationale Hilfskomitee, aus dem das Rote Kreuz hervorging, und sie unterzeichneten eine »Genfer Konvention« über die Behandlung verwundeter Soldaten (später auch der Kriegsgefangenen). Gegen starke Widerstände selbst aus dem Kreis seiner engeren Freunde konnte Dunant durchsetzen, dass gleich in Artikel 1 dieser Konvention die unbedingte Neutralität der Verwundeten sowie des Personals und aller Einrichtungen des Roten Kreuzes festgeschrieben wurde. In Solferino hatten Verwundete aus verschiedenen Ländern nebeneinander gelegen. Und Dunant hatte keinen Unterschied zwischen den Nationalitäten gemacht: »Tutti fratelli!« Als Opfer des Krieges gebührte ihnen allen das »gleiche Wohlwollen«.

Noch ein weiterer Gedanke war für die Entwicklung des Roten Kreuzes wegweisend, auf den Dunant bei einem Empfang am preußischen Hof durch die Frau des Kaisers gebracht wurde: »Diese Vereine könnten auch, wenn sie dauernden Bestand hätten, bei Seuchen, Überschwemmungen, Feuersbrünsten und anderen unvorhergesehenen Katastrophen große Dienste leisten. Die Triebfeder der Nächstenliebe würde sie handeln lassen, wann immer ein Eingreifen erforderlich wäre.«⁵ Damit war der gedankliche Weg frei für die Tätigkeit des Roten Kreuzes auch in Friedenszeiten.

Bei dem Empfang am preußischen Hof lernte Dunant auch Otto von Bismarck und seinen Generalfeldmarschall Moltke kennen. In deren Umgebung hörte er den Satz: »Im nächsten Krieg werden wir sogar verwundete Franzosen pflegen.«⁶ Da stieg in Dunant eine Ahnung auf, dass sein Werk von Militaristen als Feigenblatt missbraucht werden könnte.

Geschäftlicher Bankrott und jahrelange Flucht vor den Gläubigern

Bei alledem hatte Henry Dunant seine Geschäfte in Algerien vernachlässigt. Die Verluste waren inzwischen so groß, dass das Genfer Handelsgericht ihn

⁵ Eveline Hasler (2003), S. 64.

⁶ Eveline Hasler (2003), S. 100–101.

im Mai 1867 des Bankrotts für schuldig sprach. Trotz aller Ehrungen für seine humanitäre Tätigkeit – damit war seine bürgerliche Existenz ruiniert. Ihm wurde nahegelegt, auch sein Amt als Sekretär des Roten Kreuzes niederzulegen. Sein früherer Mitarbeiter und amtierender Präsident des Genfer Komitees Gustave Moynier gehörte fortan neben den Gläubigern zu Dunants ärgsten Widersachern. Moynier widersprach nicht einmal dem Gerücht vom betrügerischen Bankrott. Und während der Pariser Weltausstellung hintertrieb er die alleinige Vergabe einer Goldmedaille an Dunant und erreichte, dass sie außerdem General Dufour und ihm selbst verliehen wurde. Auf derselben Weltausstellung wurde übrigens auch der deutsche Waffenfabrikant Krupp für ein neues Gewehr ausgezeichnet.⁷

Verschuldet und verfolgt von seinem Gläubigern, zeitweise auch krank, tauchte Henry Dunant in einem Pariser Armenviertel unter. Mühsam fristete er sein Dasein von monatlich 100 Franken, die ihm ein Verwandter aus Genf als Leibrente gewährte; er betätigte sich im Französischen Roten Kreuz, schrieb Artikel und hielt Vorträge, in denen er sich für die Befreiung der Sklaven in Amerika einsetzte. Zwei große Visionen gaben ihm die Kraft zum Weiterleben: Er hoffte, zur Entstehung einer internationalen Universalbibliothek beitragen zu können, die der Völkerverständigung dienen sollte. Und er wollte erreichen, dass die Christenheit das den Juden zugefügte Unrecht wieder gut macht – unter der Schirmherrschaft von Napoleon III. sollte sie den Juden zur Wiederansiedlung in Palästina verhelfen.⁸

Doch dann kamen der deutsch-französische Krieg mit dem Sturz Napoleons III. und die Herrschaft der revolutionären Pariser Kommune (1870/71). Dunant wurde immer klarer, dass es nicht genügt, nur die Kriegsfolgen zu lindern, zumal die Kriegstechnik immer neue Vernichtungsmittel erfand. Deshalb gründete er in Paris eine »Allgemeine Allianz für Ordnung und Zivilisation« – sie sollte den sozialen Frieden mit moralischen Mitteln erhalten und ein internationales Schiedsgericht sollte Kriege zwischen Staaten verhindern.⁹ Jedoch fand diese Allianz nicht die erhoffte Beachtung. Danach verschwand Dunant aus Paris. Zunächst hielt er sich in London auf; danach soll er mehrere Jahre durch Österreich, Italien und Griechenland gezogen sein. Zwischendurch konnte er immer mal wieder zu einem befreundeten Stuttgarter Pfarrer Wagner kommen. In diesem »Heimathafen«¹⁰ lernte Dunant auch den Gymnasiallehrer Rudolf Müller kennen, der später großen Anteil an seiner Rehabilitation hatte.

⁷ Pam Brown (1989), S. 32.

⁸ Eveline Hasler (2003), S. 144–145.

⁹ Willy Heudtlass (1962), S. 84–85.

¹⁰ Eveline Hasler (2003), S. 105.

Neubeginn in Heiden

Sein ruheloses Umhergetriebensein endete erst 1887, als er sich auf Anraten seiner Stuttgarter Freunde in dem kleinen schweizerischen Dorf Heiden bei St. Gallen niederließ. Zunächst quartierte er sich bescheiden in einem Gasthof »Paradies« ein. Danach nahm ihn das Heidener Krankenhaus wegen seines Rheumaleidens als Pensionär auf. Im Dorf wusste vorerst niemand, wer dieser etwa 60-jährige »Einsiedler von Heiden« eigentlich war. Allmählich merkten die Leute aber doch, welch berühmter Mensch unter ihnen lebte, und sie achteten ihn – vor allem der Lehrer Wilhelm Sonderegger und seine Familie. Sie wurden für Dunant zum »greifbaren Punkt in der Außenwelt«¹¹ und trugen sehr dazu bei, dass sich allmählich seine Verbitterung darüber auflöste, dass ihn die Welt jahrelang vergessen hatte. Sein Misstrauen blieb; aber dennoch begann er, wieder Briefkontakte mit der Außenwelt aufzunehmen und Artikel für Zeitungen zu schreiben. Einmal berichtete sogar ein Journalist über ihn. So kehrte der vom »Journal de Genève« schon für tot erklärte Henry Dunant wieder in die Öffentlichkeit zurück.

Begegnung mit Bertha von Suttner und Friedensnobelpreis (1901)

Nach einem weiteren Jahrzehnt (1896) bekam er sogar einen außergewöhnlichen Besuch aus Österreich. Bertha von Suttner wollte ihn sehen und mit ihm sprechen. Sie war die weltberühmte Verfasserin des Buches »Die Waffen nieder!« und zeitweilige Sekretärin von Alfred Nobel, dem ‚König des Dynamits‘, der auch den Friedensnobelpreis stiftete. Bertha von Suttner bot Henry Dunant an, Aufsätze für ihre Zeitschrift »Die Waffen nieder!« zu schreiben. Daraufhin erschienen 1896 Dunants »Aufruf an die Presse« und 1897 in Fortsetzungen Auszüge aus seinem »noch nicht vollendeten Manuskript« mit dem Titel »Kleines Arsenal gegen den Militarismus« bzw. »Kleines Arsenal gegen den Krieg«. Darin charakterisierte Dunant den Militarismus als »eine Art Infektionskrankheit«, als eine »Epidemie, die ansteckend ist wie die Influenza, die Pest, die Tollwut.« Als eine »absurde Legende« wies er die Ansicht zurück, dass das Militär die »beste Schule« menschlicher Tugenden sei. »Die Völker müssen erzogen werden; man soll ihnen patriotische Begriffe anti-chauvinistischer Art und humanitäre Grundsätze der Gerechtigkeit einprägen. ... Die Stimmung gegen den Krieg muss eine allgemeine werden. ... Man muss den Gedanken eines internationalen Schiedsgerichts in den Geist der Völker und Individuen eindringen machen.«¹²

¹¹ Eveline Hasler (2003), S. 130, und Hans Amann (1999), S. 10–18 und 28–33.

¹² Henry Dunant (1897a), S. 161, 311–312 und 314.

Tief beeindruckt von der großen Friedenskämpferin Bertha von Suttner und im Gedenken an Florence Nightingale traute Dunant fortan den Frauen eine größere Bedeutung für die Verwirklichung von Frieden und Humanität zu als den Männern: »Apokalyptische Ereignisse kommen auf die Menschheit zu, weil die männlichen Prinzipien die Welt beherrschen: Eigennutz, Militarismus, brutale Kraft.«¹³ Nächstenliebe, Einfühlungsvermögen und gewaltfreie Konfliktlösung sollten deshalb ein größeres Gewicht in der Gesellschaft bekommen. Dunant erwog die Gründung eines feministischen »Grünen Kreuzes«, das die Gleichberechtigung der Geschlechter durchsetzen und sowohl das Ehe- als auch das Arbeitsrecht dementsprechend verändern sollte.

Schließlich führten seine Zusammenarbeit mit Bertha von Suttner und die Fürsprache von Rudolf Müller dazu, dass Dunant eine höchste Auszeichnung zuteil wurde – gemeinsam mit dem Franzosen Frederic Passy erhielt er 1901 den in diesem Jahr erstmals verliehenen Friedensnobelpreis. In einem Dankesbrief an Bertha von Suttner betonte Henry Dunant, dass es ihm mit seinen »Erinnerungen an Solferino« darum gegangen sei, »soviel als möglich in den Lesern meiner Schrift Abscheu vor dem Kriege zu erwecken.«¹⁴ Und auch Bertha von Suttner lag sehr daran, in der Öffentlichkeit klar zu stellen, dass »Dunant hauptsächlich als Friedensfreund, nicht als Rotes Kreuz gekrönt worden ist.«¹⁵

Dunant und Passy erhielten jeweils 100.000 Franken. Damit war Dunant zum ersten Mal seit Jahrzehnten frei von Geldsorgen, d.h. er hätte es sein können, denn aus Furcht vor seinen früheren Gläubigern hinterlegte er das Preisgeld auf einem Konto in Norwegen. In seinem Testament vermachte Dunant denjenigen Freunden kleinere Beträge, die ihm während seiner letzten Lebensjahre beigestanden hatten. Im übrigen bestimmte er das Preisgeld für wohltätige Zwecke in der Schweiz und in Norwegen.

»Der Kriegsgott ist noch nicht tot.«

Im Oktober 1910 starb Henry Dunant – wenige Wochen nach dem Tod von Gustave Moynier. Vier Jahre später begann der erste Weltkrieg, vor dem Dunant frühzeitig gewarnt hatte. Schon 1896 hatte er in einem Aufruf an die Presse geschrieben: »Welch edle Mission der Presse wäre es doch, dahin zu

¹³ Brief an Sara Bourcart, zitiert in Eveline Hasler (2003), S. 177.

¹⁴ Brief Henry Dunants an Bertha von Suttner, in: Gisela Brinker-Gabler (1982), S. 212–213.

¹⁵ Brief Bertha von Suttner an Alfred Fried vom 5. 1. 1902, in: Brigitte Hamann (1991), S. 351.

wirken, dass alle Vorurteile der Völker beseitigt würden. ... Der Kriegsgott ist noch nicht tot. Wer spricht da von der Friedfertigkeit der Welt? Der große Sturm der Zukunft weht nicht den Frieden heran – er treibt den Krieg in Wirbeln vor sich her, er trägt die gewaltigen Stahlgeschosse mit sich, Ungeheuer, die Tausende an Geld kosten. ... Ist denn nicht alles, was den Ruhm eines Volkes ausmacht, in seinen Dienst gestellt? Elektrische Bahnen, lenkbare Luftschiffe, unterseeische Boote, Telegrafen und Telefone. ... Was erfindet man nicht alles, um schneller und sicherer zum Morden zu gelangen! ... Vergesst aber nicht, dass diese Zivilisation, auf die ihr euch heute noch so viel zugute haltet, gleichzeitig mit den Meisterwerken der Kunst und der Industrie und mit eurer Wohlhabenheit, eurem Handel, eurem Ackerbau – und vielleicht auch mit eurer Freiheit und eurem häuslichen Glück zusammenstürzen muss.« Unmissverständlich wandte sich Dunant gegen Militarismus und Krieg, um ein großes »Unwetter« zu verhüten, »das den Boden des alten Europa mit Ruinen bedecken wird.«¹⁶

Im ersten Weltkrieg zeigte der »Kriegsgott« mit barbarischer Grausamkeit seine Macht, die moderne Zivilisation zu zertrümmern. Würde er sich nun allein mit moralischen Mitteln zähmen lassen? Wie würde sich jene soziale Gerechtigkeit erreichen lassen, die den Frieden zwischen den Völkern am besten sichern könnte?



Genfer Calvinismus

In den Anfängen des modernen Kapitalismus hatte der Genfer Reformator Calvin das biblisch-kanonische Zinsverbot aufgelockert – stärker noch als Luther und Zwingli. Entgegen den Warnungen der Propheten und Kirchenväter vor einer Polarisierung der Gesellschaft in wenige Reiche und viele Arme durch das Zinsnehmen hatte Calvin gemäß den Bedürfnissen des aufstrebenden Genfer Handelskapitals für die Ausleihe von Geld für Investitionszwecke Zinsen in Höhe von 5 bis 7 % erlaubt. Außerdem erblickte der Calvinismus im geschäftlichen Erfolg ein Zeichen von ganz besonderer göttlicher Auserwähltheit und Gnade. Wer sein Kapital vermehren konnte, führte demnach ein gottgefälliges Leben. Kapitalbildung in den Händen der Bankiers, Unternehmer und Kaufleute galt zudem als unerlässliche Voraussetzung für wohl tätiges Verhalten. Übersehen wurde dabei, dass es die Kapitalkonzentration war, welche soziale Notlagen selbst erzeugte und damit

¹⁶ Henry Dunant (1896), S. 327–331; auch zitiert bei Willy Heudtlass (1962), S. 124–126.

Betätigungsfelder für wohltätiges Handeln schuf oder zumindest vergrößerte. Die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung machte Wohltätigkeit zum Privileg der Wohlhabenden, während mittlere und untere Bevölkerungsschichten davon ausgeschlossen blieben. Wäre es nicht gottgefälliger gewesen, Tausch- und Kreditbeziehungen mit einem annähernd zinsfreien Geld gerecht zu regeln und allen Menschen in einer egalitären Bürgergesellschaft die Chance zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit zu geben und sie durch ihren vollen Arbeitsertrag auch in die Lage zu versetzen, gemeinnützig zu handeln?

Während für den Genfer Calvinismus Kapitalkonzentration als Voraussetzung für wohltätiges Handeln galt, bildete sie in Wirklichkeit dessen Hindernis. Wie ein dunkler Schatten lag dieser gesellschaftliche Widerspruch auch über Henry Dunants Familie, die in einem Genfer Stadtteil mit dem sinnfälligen Namen »La Monnaie« lebte. Schon Dunants Großvater war nach missglückten Spekulationen im Schuldgefängnis gelandet – ein Makel, dem sich sein Vater durch unablässiges Geldverdienen und seine Fürsorge für Waisen und Gefangene zu entziehen suchte.¹⁷ Auch Henry wuchs frühzeitig in die Doppelwelt aus Gelderwerb und Barmherzigkeit hinein, deren Widersprüchlichkeit ihm schließlich zum Verhängnis wurde. Die Konzentration auf die Sorge um die Kriegsverletzten und den Aufbau seines Hilfswerks führte ihn über die Vernachlässigung seiner Geschäfte so tief in eine Schuldenfalle, dass es daraus für ihn keinen Ausweg mehr gab. Sein geschäftlicher Bankrott stellte in den Augen der Genfer Calvinisten nicht nur einen Verlust von Geld und Ehre dar, sondern auch einen Verlust der Zuneigung Gottes. Über Dunant und seine mithaftenden Angehörigen legte sich fortan ein »Familienfluch des Geldes«.¹⁸

Möglicherweise war Dunant bei seinen Geschäften in Algerien unvorsichtig im Umgang mit dem geliehenen Geld. Aber sein Bankrott war auch die Folge von wirtschaftlichen Strukturen, in denen es nicht möglich war, Geschäft und soziale Mitverantwortung in Einklang zu bringen. Aber es ist ungewiss, ob Dunant trotz der drückenden Last seiner Schulden die tiefer liegende Problematik der von Calvin freigesetzten Dynamik des zinstragenden Geldes und ihren Einfluss auf den Staat und die Kirche gesehen hat. Immerhin wandte er sich von beiden ab und orientierte sich ganz an dem noch nicht korruptierten frühen Christentum: »Ich bin ein Jünger Christi wie ein Jünger des ersten Jahrhunderts und nichts anderes mehr.«¹⁹

¹⁷ Eveline Hasler (2003), S. 13–15.

¹⁸ Eveline Hasler (2003), S. 113 und 122.

¹⁹ Evelin Hasler (2003), S. 172. Hans Konrad Sonderegger zufolge handelte es sich bei dieser Äußerung um einen Auszug aus einer Mitteilung an seinen Vater Wilhelm Sonderegger. (1937/1969, S. 20)

Politischer Frieden durch sozialen Frieden

Kurz vor dem deutsch-französischen Krieg (1870/71) hoffte Dunant noch, dass Frankreich sich erneuern und innerhalb Europas zu einem Vorreiter im Kampf gegen den Militarismus werden könne. Neben dem politischen Ziel eines internationalen Gerichtshofes forderte die »Allianz für Ordnung und Zivilisation« ausdrücklich auch die Sicherung des sozialen Friedens durch eine Stärkung des »moralischen Sinns der Gesellschaft«.²⁰ Immer deutlicher erkannte Dunant die soziale Ungerechtigkeit in den Industrieländern als die eigentliche Quelle des Unfriedens. Nur – »nach den Schreckenstagen der Pariser Kommune sah er im Marxismus kein Angebot zu einer Lösung.« Später scheint er mit einem elsässischen Fabrikanten sympathisiert zu haben, der seine Arbeiter an seinen Webereien beteiligte.²¹ Offenbar hatte er jedoch keine genaueren Vorstellungen von einem Weg, der zu sozialer Gerechtigkeit und sozialem Frieden führen könnte. Oder enthalten seine Briefe und Schriften hierzu vielleicht noch Gedanken, die bislang nicht wahrgenommen wurden?²²

Während der Zeit, in der Dunant an der Zeitschrift »Die Waffen nieder!« mitarbeitete, schrieb darin Julius Wilhelm, dass »die Friedensbewegung mit der Sozialreform Hand in Hand gehen muss.« Der damals sehr verbreiteten marxistischen Gesellschaftskritik setzte Wilhelm jedoch die Überzeugung entgegen, dass jeder Mensch »ein Anrecht auf Freiheit und Eigentum« habe. »Ist diese Erkenntnis erst einmal eine allgemeine geworden, dann wird auch der Weg zu diesem Ziel gefunden werden.«²³ Es blieb also vorerst offen, mit welcher freiheitlichen Sozialreform Gerechtigkeit und Frieden erreichbar sein könnten.

Nach Dunant – über Hans Konrad Sonderegger zu Silvio Gesell

Ogbleich die Freundschaft Dunants mit der Heidener Familie Sonderegger an seinem eigenen Misstrauen zerbrach, verehrten Wilhelm und Susanna Sonderegger den großen Gründer des Roten Kreuzes auch weiterhin und sie übertrugen diese Hochachtung vor ihm auch auf ihre Kinder. Eines von

²⁰ Willy Heudtlass (1962), S. 144.

²¹ Evelin Hasler (2003), S. 152 und 177. – Vgl. außerdem Pam Brown (1989), S. 33–38.

²² Die Briefe Dunants an Wilhelm Sonderegger aus den Jahren 1890–1892 bzw. die aus dem Französischen ins Deutsche übersetzten Briefauszüge enthalten hierzu außer einer Andeutung keine Anhaltspunkte. Über das »liberale«, in Wirklichkeit von Monopolen beherrschte Geschäftsleben schrieb Dunant am 15.2.1892, dass es von »krassem Egoismus« und von einer »sozialen Heuchelei« durchdrungen sei. (René Sonderegger 1935, S. 55 und 122–123)

²³ Julius Wilhelm (1897), S. 319–320.

ihnen – ihr Sohn Reinhard (René) – veröffentlichte 1935 Briefe von Dunant aus dem Nachlass seines Vaters. Auch dessen älterer Bruder Hans Konrad, der zunächst Pfarrer und danach Rechtsanwalt wurde, blieb dem Werk Dunants verbunden. Als Herausgeber der Zeitung »Der Demokrat« war er außerdem journalistisch tätig und gehörte auch zeitweise dem schweizerischen Stände- und Bundesrat an.

In den 1930er Jahren verwies Hans Konrad Sonderegger auf die ständige Gefahr der Instrumentalisierung des Roten Kreuzes für die Kriege vermeintlich christlicher Staaten: »Das Christentum – wenigstens das anerkannte – verbietet ja nicht den Krieg, sondern höchstens den einzelnen Mord. Tatsächlich übertreffen die christlichen Staaten durch die Anzahl ihrer Kriege und deren Opfer alle anderen Völker. ... Das Christentum befiehlt, dass man den Feind verbinde, nachdem man ihm die Wunde geschlagen hat.«²⁴ Ohne damit die »großen Werke, die das Rote Kreuz besonders während Kriegszeiten unternimmt, herabsetzen zu wollen«, erinnerte Sonderegger wenige Jahre vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs an die umfassenden Ziele Henry Dunants: »Dunant wollte zunächst den Verwundeten helfen. Aber bei Solferino hat er seine Berufung darin erkannt, den Krieg zu überwinden. Die Gründung des Roten Kreuzes sollte den praktischen Anfang zur allgemeinen Beseitigung des Krieges bilden. ... Das heutige Rote Kreuz hat aus dem ganzen Lebenswerk von Henry Dunant nur den Gedanken übernommen: denjenigen der Hilfe für Verwundete und Gefangene. Es hat aber den Grundgedanken vernachlässigt: den Kampf gegen den Krieg selbst. ... Im Roten Kreuz liegt, von Dunant ebenso klar erkannt wie gewollt, der Grundgedanke des Völkerbundes: die Ersetzung der Gewalt durch das Recht.«²⁵

Außerdem baute Hans Konrad Sonderegger eine gedankliche Brücke von Henry Dunant zur Sozialreform von Silvio Gesell (1862–1930). Im Anschluss an den französischen Sozialreformer Pierre Proudhon und im Gegensatz zu Karl Marx sah Gesell die Wurzel von sozialer Ungerechtigkeit und Krieg nicht im Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern in den seit der kirchlichen Reformation und der Französischen Revolution schrittweise legitimierte leistunglosen Einkünften aus dem Boden- und Kapitalbesitz, die zur Konzentration der Produktionsmittel in wenigen Händen führen. Die Bodenrente und den Kapitalzins bezeichnete er während des ersten Weltkriegs

²⁴ Hans Konrad Sonderegger (1937/1969), S. 18.

²⁵ Hans Konrad Sonderegger (1937/1969), S. 19 – 20. – In seinem Kommentar zur »Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes« 1897 in Wien hatte bereits Alfred Fried angemerkt, dass das »edle Wollen« der »gar fürnehmen Gesellschaft« aus Ministern, Adligen und Generälen »schön gedacht« sei, den Opfern künftiger Kriege zu helfen. »Vernünftiger erscheint es mir, sie vor dem Zerschossenwerden zu behüten.« (1897, S. 357 und 360)

als »soziale Spaltpilze und Sprengkörper«, die die »Menschenfamilie« in Reiche und Arme aufteilt. »Reichtum und Armut sind verkehrte Zustände, sie sind mit dem Bürger- und Völkerfrieden unvereinbar.« Diese beiden »großen Friedensstörer« wollte Gesell innerhalb einzelner Länder durch eine Reform des Geldes und des Bodenrechts ausschalten.²⁶ Und auf globaler Ebene wollte er nach dem Beispiel des Roten Kreuzes, das er ebenso wie den Weltpostverein als eine Ausdrucksform »brüderlicher Gesinnung« schätzte²⁷, eine »Internationale Valuta-Assoziation« einrichten, die – angegliedert an den Völkerbund – für gerechte internationale Wirtschaftsbeziehungen sorgen sollte. Und eine ebenfalls internationale Institution sollte den Zugang zu den Ressourcen und ihre private Nutzung regeln.²⁸

Als in Deutschland die Nationalsozialisten an die Macht gelangt waren, trat Hans Konrad Sonderegger im Mai 1933 sogleich der antisemitischen Verfälschung der Geld- und Zinskritik durch den Nationalsozialismus entschieden entgegen. Der Kampf um die Lösung der sozialen Frage »ist nur ein geistiger Kampf, ein Kampf gegen Irrtümer und niemals gegen Menschen.« Aus der »Verwechslung von Sache und Person«, gemeint waren die Strukturen des Geldwesens und die darin handelnden Menschen, könne niemals »irgendetwas Gutes entstehen«.²⁹ Das Gebot der uneingeschränkten Neutralität gegenüber der Herkunft, Hautfarbe und Religion gilt also nicht nur in Kriegszeiten für den Umgang mit Verwundeten und Gefangenen. In Kriegs- wie in Friedenszeiten gebührt allen Menschen das »gleiche Wohlwollen« – egal, ob sie innerhalb der ungerechten Strukturen von Wirtschaft und Politik zu den Privilegierten oder zu den Benachteiligten gehören. Entscheidend ist allein eine gewaltfreie Korrektur dieser Strukturen, die für alle Menschen einen Weg der Versöhnung zu einem Leben in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit ebnet.

²⁶ Silvio Gesell (1920), S. 56 und 224–226.

²⁷ Silvio Gesell (1898), S. 221 – 224. Vor dem Hintergrund gewaltsamer Konflikte zwischen den »Brudervölkern« Argentinien und Chiles schrieb Gesell: »Wieviele Wohltaten haben internationale Kongresse schon der ganzen Menschheit gebracht. Es genügt, an die Arbeiten des Roten Kreuzes und an den Weltpostverein zu erinnern. ... Das gesamte Gewicht der modernen Zivilisation ist gegen die Grenzen gerichtet. Der zivilisierte Mensch hasst die Grenzen. Der moderne Mensch ist Individualist und Weltbürger.«(ebd.)

²⁸ Silvio Gesell (1920), S. 314–315 (IVA); Band 4, S. 78–79, und Band 13, S. 92–94 und 145–147 (internationale Ressourcenverwaltung); Band 18, S. 348 (Anbindung an den Völkerbund).

²⁹ Hans Konrad Sonderegger (1933/1938), S. 14. »Wie arm sind die Menschen, die ihre nationale Erneuerung mit einem Kampf gegen Marxisten, Juden und Freimaurer beginnen.« (ebd.) – Am Ende dieses Vortrags erwähnte Sonderegger einen Brief von Dunant an seinen Vater vom 30.12.1891, in dem sich Dunant »wahre Sozialaristokraten der Intelligenz als Vorkämpfer für Humanität und Frieden erhoffte«. Vgl. dazu auch Eveline Hasler (2003), S. 33.

Letztlich waren sowohl Henry Dunant als auch Silvio Gesell von der großen Hoffnung auf eine Überwindung der Kriege und Bürgerkriege erfüllt. »Der Krieg«, so schrieb Dunant, »tötet nicht nur den Körper, er tötet nur allzu oft auch die Seele. Er erniedrigt, korrumptiert, brandmarkt, entwürdigt.«³⁰ Und Gesell fügte dem unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg hinzu: »Der Kriegsgeist ist ein eheliches Kind unserer eigenen sozialen Zustände. Wollen wir den Kriegsgeist bekämpfen, so müssen wir seine Quelle verschütten.«³¹

Nach dem zweiten Weltkrieg folgte eine ‚Nachkriegszeit‘ mit unzähligen weiteren Kriegen und Gewaltausbrüchen. Die gegenwärtige Missachtung der Genfer Konvention im amerikanischen Flüchtlingslager Guantanamo auf Kuba und der Angriff auf das Rote Kreuz in Bagdad zeigen, dass neben der Hilfe im Kriegsfall die Hoffnung Dunants und Gesells auf eine gerechtere Welt ohne Krieg aktueller denn je ist.

Literatur zu Henry Dunant

- Hans Amann (1999), Wilhelm Sonderegger, die rechte Hand Henry Dunants, Heiden.
- Hans Amann und Ethel Kocher (2003), Henry Dunant – Sein wechselvolles Leben und seine erstaunlichen Visionen, Heiden.
- Gisela Brinker-Gabler (1982), Bertha von Suttner – Kämpferin für den Frieden, Frankfurt.
- Pam Brown (1989), Henry Dunant – Der Gründer des Roten Kreuzes, Würzburg.
- Henry Dunant (1862/1972), Erinnerungen an Solferino, Zürich.
- Henry Dunant (1896), An die Presse, in der Zeitschrift »Die Waffen nieder!« (Hrsg. Bertha von Suttner), Nr. 9, S. 327–331.
- Henry Dunant (1897a), Kleines Arsenal gegen den Militarismus, in der Zeitschrift »Die Waffen nieder!« (Hrsg. Bertha von Suttner), Nr. 5, S. 161–166; Nr. 6, S. 208–210; Nr. 8–9, S. 310–314.
- Henry Dunant (1897b), Kleines Arsenal gegen den Krieg, in der Zeitschrift »Die Waffen nieder!« (Hrsg. Bertha von Suttner), Nr. 10, S. 366–370.
- Alfred Fried (1897), Die Internationale Konferenz vom Roten Kreuz, in der Zeitschrift »Die Waffen nieder!« (Hrsg. Bertha von Suttner) Nr. 10, S. 357–360.
- Silvio Gesell (1898), La cuestion monetaria argentina / Die argentische Währungsfrage, in: Gesammelte Werke Band 2, Lütjenburg 1988.
- Silvio Gesell (1920), Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjenburg 1991.
- Silvio Gesell (1921), Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und die Überprüfung des Versailler Vertrags, in: Gesammelte Werke Band 12, Lütjenburg 1992.

³⁰ Zitiert nach Eveline Hasler (2003), S. 153.

³¹ Silvio Gesell (1921), S. 291–292.

- Brigitte Hamann (1991), Bertha von Suttner – Ein Leben für den Frieden, München.
- Eveline Hasler (2003), Der Zeitreisende – Die Visionen des Henry Dunant, München: dtv, 2. Auflage.
- Willy Heudtlass (1962), Henry Dunant – Gründer des Roten Kreuzes und Urheber der Genfer Konvention, Stuttgart.
- René Sonderegger (1935), J. H. Dunant – Revolutionär. Originalbriefe, Dokumente und Illustrationen, o.O.
- Hans Konrad Sonderegger (1938), Wirtschaft und Geist – Vortrag am 23.5.1933 in Zürich, in: Der Demokrat Nr. 108–118 / 1938.
- Hans Konrad Sonderegger (1969), Henry Dunant, in: ders.: Erbe und Verpflichtung – Aufsätze zum Zeitgeschehen, Chur 1969. (Der Aufsatz über Dunant stammt aus dem Jahr 1937.)
- Julius Wilhelm (1897), Die Friedensbewegung und die soziale Frage, in der Zeitschrift »Die Waffen nieder!« (Hrsg. Bertha von Suttner), Nr. 9, S. 319–320.

II.

»Man muss mit der Menschheit von vorn beginnen« – Zur Erinnerung an Martin Luther King (1929–1968)

*»Eines Tages werden wir einsehen müssen,
dass der Friede nicht bloß ein fernes Ziel ist, das wir suchen,
sondern dass er ein Mittel ist, durch das wir zu jenem Ziel gelangen.
Wir müssen friedliche Zwecke mit friedlichen Mitteln verfolgen.«*

Martin Luther King in seiner Weihnachtspredigt 1967¹

Kindheit und Jugend in Atlanta

Im Jahr der großen Weltwirtschaftskrise kam Martin Luther King in der Stadt Atlanta im amerikanischen Bundesstaat Georgia auf die Welt. Georgia gehörte zu den sog. Südstaaten der USA mit sehr hohen afroamerikanischen Bevölkerungsanteilen. Millionen von Menschen aus Afrika waren seit dem frühen 19. Jahrhundert als billige Arbeitskräfte auf die dortigen großen Baumwollplantagen verschleppt worden. Nach dem amerikanischen Bürgerkrieg war deren Sklaverei im Jahr 1865 zwar formal aufgehoben worden. Aber die ‚befreiten‘ Sklaven blieben Menschen ohne Bürgerrechte – sowohl in den Südstaaten als auch in den Slums der Großstädte im weißen Norden der USA.

¹ Martin Luther King (1967/1993), S. 111.

Amerika sah sich als Garant einer ‚freiheitlichen Zivilisation‘ an. Aber im eigenen Land wurden die Nachkommen der früheren afroamerikanischen Sklaven entrechtet und erniedrigt. In allen Lebensbereichen waren die Schwarzen rassischen Diskriminierungen ausgesetzt – in den Schulen, in den Medien, in der Wirtschaft und in der Politik. Geschäfte trugen oft das Schild »Nur für Weiße« und in öffentlichen Verkehrsmitteln gab es besondere Eingänge und Stehplätze »für Schwarze«. In einem Hollywood-Film rettete der weiße Tarzan das blonde Mädchen Jane vor den »schwarzen Untermenschen«. Oftmals wurden Schwarze Opfer von Morden, die der berüchtigte Klu-Klux-Klan organisierte.

Martin Luther King erlebte diese rassistische Apartheid schon als Kind schmerzlich. Auch die immer wiederkehrende Anrede als »Nigger« verletzte ihn so tief, dass er schon als Zwölfjähriger zweimal versuchte sich selbst umzubringen. Aber die Solidarität seiner Familie rettete ihm das Leben. Sein Vater war Prediger in der Baptistenkirche von Atlanta. Dort lernte Martin Luther King die Reden der wortgewaltigen Baptistenprediger zu bewundern. »Irgendwann schaffe ich mir auch so starke Worte an«, verkündete er seinen Eltern² – was den Wunsch des Vaters weckte, dass auch er Theologe werden sollte. Mit besonderer Inbrunst sang er in der Familie und in der Gemeinde auch die Spirituals mit, mit denen die Schwarzen sich gegenseitig in ihrer Hoffnung auf ein Ende der Rassendiskriminierung bestärkten.

Thoreau und Gandhi als Vorbilder

Ein Schlüsselerlebnis war für Martin Luther King die Lektüre von David Henry Thoreaus Essay »Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat«. Während seines Theologie- und Philosophiestudiums hörte er von dem Mord an Mahatma Gandhi (1948), dem Indien seine gewaltlose Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft verdankte. Thoreau und Gandhi wurden seine großen Vorbilder für seinen späteren zivilen Ungehorsam gegenüber den ungerechten gesellschaftlichen Verhältnissen. Auch die Ideen der religiösen Sozialisten beeinflussten ihn.

Zu Beginn der 1950er Jahre führten die USA einen Krieg in Korea. Der darauf folgende Kalte Krieg drohte zu einem atomaren Wahnsinn zu eskalieren. Und in Amerika vergiftete der Senator McCarthy das geistige Klima durch seine berüchtigte Kommunistenjagd. In dieser Zeit promovierte Martin Luther King an der Boston University zum Doktor der Theologie und er heiratete die farbige Theologin Coretta. Gemeinsam zogen sie nach Mont-

² Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 21.

gomery im Bundesstaat Alabama, wo Martin Luther King eine Pfarrstelle erhielt. Die Hälfte der Menschen in Alabama waren Schwarze, die von den Weißen diskriminiert wurden, wo immer es möglich war.

Die Rassenkonflikte entzündeten sich an der Vorschrift, dass es für Schwarze und Weiße getrennte Bereiche in den öffentlichen Verkehrsmitteln gab. Das führte – als Form des zivilen Ungehorsams – zum Boykott der Busse in Montgomery. Über ein Jahr lang benutzten die Schwarzen auf ihren täglichen Wegen zur Arbeit oder zum Einkauf nur ihre Fahrräder oder sie gingen zu Fuß – womit sie enorme Strapazen auf sich nahmen. Während dieser langen Zeit fiel Martin Luther King die Rolle des Sprechers der Streikbewegung zu – ähnlich wie dem biblischen Mose beim Auszug der alten Israeliten aus Ägypten. Auf einer Protest-Kundgebung sagte er: »Wir sind heute Abend hier, um denen, die uns so lange misshandelt haben, zu sagen, dass wir es satt haben. Wir sind es müde, gedemütigt zu werden. ... Wir wollen durch Gewaltlosigkeit überzeugen und nicht Zwang ausüben.«³ Als sehr wertvoll erwies sich schließlich der Beistand von Künstlern. Duke Ellington und Harry Belafonte unterstützten die Streikbewegung durch ihre großen Solidaritätskonzerte. Nach etwas mehr als einem Jahr war Ende 1955 das Ziel erreicht. Das oberste Gericht Alabamas hob die Rassentrennung in den Verkehrsmitteln auf. Auf den Kirchenbänken wurde nun »integriertes Busfahren« eingeübt.⁴

»Black and white together«

»Von Gandhi kam die Methode, von Christus der Geist,« sagte Martin Luther King hinterher.⁵ Der Erfolg war aber keineswegs selbstverständlich gewesen, denn inzwischen proklamierte eine »Black-Power«-Bewegung das Recht der Schwarzen auf eine bewaffnete Selbstverteidigung. Martin Luther King hatte erste Morddrohungen erhalten und ein erstes auf ihn verübtes Attentat war zum Glück fehlgeschlagen. Zum ersten Mal war er auch verhaftet worden. Aber durch nichts von alledem ließ er sich von der Gewissheit abbringen, »dass das Universum aufseiten der Gerechtigkeit steht.«⁶

Unterdessen begann sich nun ein Mythos um Martin Luther King zu bilden, der der schwarzen Bürgerrechtsbewegung auf ihrem weiteren Weg half. Der Erfolg von Montgomery war ja erst der Anfang und der Weg war noch weit, denn die Rassentrennung in den Schulen, Schwimmbädern und Parks bestand ebenso fort wie die Diskriminierung beim Wahlrecht.

³ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 72.

⁴ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 82.

⁵ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 99.

⁶ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 100.

Im Anschluss an eine Indienreise kehrten Martin Luther King und seine Frau Coretta nach Atlanta zurück. Mit sog. Sit-ins begann die nächste Phase der Bürgerrechtsbewegung. Restaurants und Cafés mit getrennten Plätzen für Weiße und Schwarze und Geschäfte wurden massenhaft bestreikt – auch von weißen Schülern und Studenten. »Black and white together« lautete die neue Devise und »Black is beautiful« kam als Zeichen eines steigenden Selbstbewusstseins der Schwarzen hinzu.

Wegen eines Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung wurde Martin Luther King erneut inhaftiert und zu sechs Monaten Zwangsarbeit in einer staatlichen Besserungsanstalt verurteilt – während Coretta mit dem dritten gemeinsamen Kind im 5. Monat schwanger war. Das völlig unangemessene Strafmaß löste große Proteste aus. Auch der damalige Justizminister Robert Kennedy befürchtete, dass die USA dadurch an Ansehen in der Weltöffentlichkeit verlieren könnten. Er drängte den zuständigen Richter, Martin Luther King wieder freizulassen. Das war auch ein kleiner Dank von Präsident John F. Kennedy an die vielen Schwarzen, die ihm bei den Präsidentenwahlen zum Sieg über den Republikaner Nixon verholfen hatten. Aber eine wirkliche Überwindung der Rassentrennung war nicht Kennedys Anliegen. Geschockt vom sowjetischen Erfolg in der Raumfahrt mit dem »Sputnik« präsentierte Kennedy in seiner Antrittsrede der Nation eine andere Vision: »Lasst uns gemeinsam die Wüsten erobern, die Krankheiten ausrotten, die Meerestiefen ergründen, Kunst und Handel fördern – und die Sterne erforschen!«⁷

Einen Anstoß zur moralischen Erneuerung Amerikas gab Kennedy nicht. Statt der Zunahme der Rassenkonflikte entgegen zu wirken, setzte er auf das »Apollo«-Programm. Und der FBI-Chef Hoover setzte Martin Luther King auf eine Liste von Staatsfeinden.

»Ich hatte einen Traum«

Gewalttaten des Ku-Klux-Klan, darunter Sprengstoffanschläge auf Kirchen der schwarzen Baptisten, führten dazu, dass die Rassenkonflikte in den USA 1963 bürgerkriegsähnliche Formen annahmen. Ausgehend von Birmingham im Bundesstaat Alabama organisierte die Bürgerrechtsbewegung – wiederum mit der Unterstützung von Künstlern und auch von Weißen – massenhafte »Käuferstreiks«. Geschäfte mit dem Schild »Nur für Weiße« wurden konsequent bestreikt.

Auf einer Großdemonstration sagte Martin Luther King: »Wir marschieren ohne Gewalt. Wir werden diese Nation zwingen, diese Stadt, diese Welt,

⁷ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 124.

auf ihr Gewissen zu hören.«⁸ Wenig später saß er wieder im Gefängnis und schrieb seinen berühmten »Birmingham-Brief« an die jüdischen, katholischen und protestantischen Gemeinden, die ihn aufgefordert hatten, seine politischen Aktivitäten einzustellen. »Wenn man Tag um Tag gedemütigt wird durch Schilder ‚Weiße‘ und ‚Farbige‘; wenn man mit Vornamen nur noch ‚Nigger‘ heißt; wenn einen die Tatsache, dass man Neger ist, bei Tag plagt und bei Nacht verfolgt ..., dann muss doch zu begreifen sein, warum uns das Warten schwer fällt. ... Unsere Ungeduld nennt man extremistisch. War nicht Jesus ein Extremist der Liebe – ‚Liebet eure Feinde‘. War nicht Martin Luther ein Extremist – ‚Hier stehe ich. Ich kann nicht anders.‘ – War nicht Thomas Jefferson ein Extremist – ‚Wir halten diese Wahrheit für selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind.‘ Die Frage ist nicht, ob wir Extremisten sind, sondern welche Art Extremisten wir sind. Werden wir Extremisten sein zugunsten fortdauernder Ungerechtigkeit – oder Extremisten im Dienst der Gerechtigkeit?«⁹

Sonderbeauftragte des Justizministers Robert Kennedy übernahmen in Birmingham die Verhandlungen mit den weißen Geschäftsleuten, mit der Handelskammer und der Stadtverwaltung. Nach heftigem Widerstand der Weißen wurden die Forderungen der Bürgerrechtler schließlich doch erfüllt. Unter dem Druck der Ereignisse von Birmingham und vieler anderer Städte in den Südstaaten begann die Regierung von Präsident John F. Kennedy endlich mit der Überprüfung der amerikanischen Rassengesetze.

Mit einem Sternmarsch auf Washington machte die Bürgerrechtsbewegung im August 1963 weiteren Druck auf die Politik. Etwa 85 000 von den insgesamt 250 000 Demonstranten waren weiße Amerikaner. Begleitet von Harry Belafonte, Joan Baez und anderen Künstlern sowie von 2000 schwarzen Polizisten verlief der Sternmarsch friedlich – und das obwohl noch mehr politische Forderungen gestellt wurden: jetzt ging es nicht mehr nur ums gemeinsame Busfahren oder um integrierte Restaurants, sondern um die vollständige Aufhebung aller Apartheidsgesetze in den USA. Mit seiner berühmten Rede »Ich hatte einen Traum« ergriff Martin Luther King die Herzen der Amerikaner und der Weltöffentlichkeit: »Trotz der Schwierigkeiten von heute und morgen habe ich einen Traum, der tief verwurzelt ist im amerikanischen Traum. Ich habe einen Traum, dass eines Tages diese Nation sich erheben wird und der wahren Bedeutung ihres Credo leben wird. Wir halten diese Wahrheit für selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind. ... Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen

⁸ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 145.

⁹ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 151.

Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, die sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilen wird. ... Macht weiter und vertraut darauf, dass unverdientes Leiden erlösende Qualität hat.«¹⁰

Vom Rassenkonflikt zum Vietnamkrieg und zur sozialen Frage

US-Präsident John F. Kennedy brachte eine Initiative zur Änderung der Rassengesetze in den Kongress ein. Aber nach seiner Ermordung am 22. November 1963 wurde sie vorerst nicht verhandelt. Und Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson stand noch vor einem zweiten großen Problem – dem Krieg in Vietnam. Dort unterstützten die USA ein feudales Regime dabei, die Aufteilung von Großgrundbesitzungen durch Landreformen zu verhindern.

Zeitweise war Martin Luther King vom Kampf für die Gleichberechtigung der Rassen sehr erschöpft und er litt unter Schlafstörungen. Und was er noch nicht wusste: das FBI bespitzelte ihn mit der Zustimmung von Justizminister Robert Kennedy als einen ‚gefährlichen Kommunisten‘. Die schwarze Bürgerrechtsbewegung galt als bedrohliche Keimzelle einer sozialistischen Revolution in den USA. Allein um einer solchen Revolution zuvor zu kommen, verabschiedete der amerikanische Kongress 1964 ein Gesetz zur Gleichberechtigung der Rassen!

Dennoch explodierten die Rassegegensätze gewaltsam. In den schwarzen Slums der weißen Großstädte kam es zu Gettoaufständen und Straßenschlachten. Die Schwarzen waren dort nicht nur wegen ihrer Hautfarbe diskriminiert, sondern auch als ‚unnecessary people‘ ökonomisch ausgegrenzt. Die soziale Ungerechtigkeit sowohl innerhalb der schwarzen als auch der gesamten amerikanischen Bevölkerung und die krieglerische Außenpolitik der USA hatte Martin Luther King bislang erst wenig mitbedacht. Der schwarze Dichter James Baldwin machte ihm deutlich, wie gering sein Rückhalt in den Slums des Nordens noch war.

Allerdings wurde Martin Luther King vorerst noch durch einige große Ereignisse in seinem Leben davon abgehalten, sich tiefer in die ökonomischen und politischen Probleme hineinzudenken. Im Herbst 1964 besuchte er West- und Ostberlin und er wurde in Rom von Papst Paul VI. empfangen. Anschließend musste er zu Hause mit Erschöpfungszuständen in eine Klinik und bald danach reiste er schon wieder nach Oslo, um den Friedensnobelpreis entgegen zu nehmen. Vergeblich hatte das FBI noch versucht, ihn mit anonymen Drohbriefen von der Reise nach Oslo abzuhalten. In seiner Dankesrede klangen die Themen an, die ihn in seinen letzten dreieinhalb Lebensjahren am meisten beschäftigen sollten: Rassenkonflikte – soziale

¹⁰ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 173–174.

Gerechtigkeit – Frieden: »Ich nehme heute diese Auszeichnung entgegen mit dem festen Glauben an die Zukunft der Menschheit. ... Ich weigere mich, die zynische Meinung zu übernehmen, eine Nation nach der anderen müsse eine militaristische Stufenleiter hinabsteigen bis in die Hölle thermoklearer Vernichtung. Ich glaube, dass unbewaffnete Wahrheit und bedingungslose Liebe das letzte Wort in der Wirklichkeit haben werden.«¹¹

Höhen und Tiefen

Seine letzten Lebensjahre standen jedoch unter einem ungünstigen Stern. Die Rassenkonflikte in den Slums des Nordens eskalierten gewaltsam – bis hin zum Mord an dem militanten Malcolm X, der Martin Luther Kings gewaltfreien zivilen Ungehorsam strikt abgelehnt hatte. Gesellschaftliche Veränderungen könne man nicht mit integriertem Busfahren, gemeinsamem Kaffeetrinken und Liedersingen erreichen, sondern nur mit Gewalt. Bei Konflikten in Selma/Alabama setzte die Polizei erstmals Elektroschlagstöcke gegen Bürgerrechtler ein. Und das FBI hatte Martin Luther King jetzt in seiner Hand, weil es ihn bei einer Affäre mit einer Frau heimlich gefilmt hatte. Möglicherweise wurde er in eine Falle gelockt. Fortan musste er vorsichtiger sein, wenn ihn das FBI nicht vor der Öffentlichkeit moralisch bloßstellen sollte.

Im Sommer 1966 zog der angeschlagene Martin Luther King mit Coretta und seinen Kindern in eine Slumwohnung in Chicago. Für die Anti-Getto-Kampagne fand er jedoch keinen genügenden Rückhalt, so dass die Familie nach Atlanta zurückkehrte und sich ein halbes Jahr lang ganz aus der Öffentlichkeit zurückzog.

Aber besonders der Vietnamkrieg ließ ihm keine Ruhe. 1965 hatte er sich dazu zum ersten Mal kritisch geäußert: »Es hat keinen Sinn, von Integration zu sprechen, wenn es keine Welt gibt, in die es sich zu integrieren lohnt.«¹² Nun zerstörten die Bilder vom grauenhaften Krieg – unter anderem vom Überfall der GIs auf das unbewaffnete Dorf My Lai – in ihm endgültig den Mythos von Amerikas Sendung, die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf dieser Erde zu verwirklichen: »Es ist eine Sünde, wenn Kinder Gottes die anderen Kinder Gottes brutal zugrunde richten. ... Die Bomben von Vietnam explodieren bei uns zu Hause. ... Unser Volk muss eine radikale Revolution seiner Werte vornehmen. ... Man muss mit der Menschheit von vorn beginnen.«

¹¹ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 208.

¹² Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 181.

¹³ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 218–221.

»Marsch auf Washington«

Dieser Neubeginn der ganzen Menschheit richtete sich nicht mehr gegen ‚die Weißen‘ oder andere Menschengruppen, sondern gegen die ungerechten Strukturen der Wirtschaft und der Politik, in denen alle Menschen gefangen sind: »Die Enteigneten dieses Landes – die Armen, Weiße wie Neger – leben in einer grausam ungerechten Gesellschaft. Sie müssen einen Aufstand gegen diese Ungerechtigkeit organisieren, und zwar nicht gegen das Leben der Menschen, die ihre Mitbürger sind, sondern gegen die Strukturen, hinsichtlich derer die Gesellschaft sich weigert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Last der Armut zu beseitigen.«

Martin Luther King ging nun auf's Ganze. Er wollte einen »Umbau der gesamten Gesellschaft«, damit alle Menschen in Gerechtigkeit und Frieden miteinander leben können. Als im April 1967 150.000 Menschen vor dem Gebäude der UN in New York demonstrierten, erinnerte King an die in der UN-Charta niedergelegten Grundsätze von Frieden, Gemeinschaft und Selbstbestimmung. Die Massenmedien diffamierten ihn als ‚Vaterlandsverräter‘ und forderten ihn auf, sich nicht in die Außenpolitik einzumischen. FBI-Agenten betrieben eine Zersplitterung der Bürgerrechtsbewegung, um sie zu schwächen, und sogar enge Mitarbeiter wandten sich von ihm ab.

Dennoch hielt Martin Luther King an seinem letzten großen Plan eines großen »Marsches der Armen« nach Washington fest. Arme aus allen Bevölkerungskreisen – Schwarze und Weiße ebenso wie Indianer, Mexikaner und Puertoricaner – sollten in den Grünanlagen vor dem Weißen Haus Hütten aus Blech, Kartons und losen Ziegeln bauen und darin für eine längere Zeit leben. King wollte auch selbst bei ihnen sein. Während die amerikanische Politik täglich Millionensummen für den Vietnamkrieg ausgab, sollte ihr vor den Augen der Weltöffentlichkeit mit einem ‚Slum-Modell‘ ein Spiegel vorgehalten werden, um ihr die soziale Ungerechtigkeit im eigenen Land zu zeigen.

Für diesen Plan begann Martin Luther King im Herbst 1967 unermüdlich zu werben. Als Polizeistreitkräfte in Memphis/Tennessee auf streikende schwarze Müllarbeiter einprügelten, fuhr er in die Elvis-Presley-Stadt, um die Streikenden zu unterstützen. Aber die Demonstration, bei der er sprach, endete in blutiger Gewalt. Es blieb ungeklärt, wer den ersten Stein geworfen hatte. Deprimiert musste Martin Luther King feststellen, dass sein höchster Grundsatz der Gewaltfreiheit durchbrochen war und er die Gewalt nicht mehr aufhalten konnte.

¹⁴ Martin Luther King (1967/1993), S. 94–95.

¹⁵ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 238.

Bei seiner letzten Rede vor den streikenden Müllarbeitern am 3. April 1968 in Memphis gestand er: »Ich weiß nicht, was jetzt kommt.« Noch einmal versetzte er sich und seine Zuhörer in eine geradezu trancehafte Spiritualität: »Ich will jetzt einfach Gottes Willen tun. Er hat mir erlaubt, auf den Berg zu kommen. Ich habe drüben die andere Seite gesehen. Ich habe das Gelobte Land gesehen. ... Möglich, dass ich nicht mit Euch dahin kommen kann. Aber das sollt Ihr wissen: Zusammen, als Volk, werden wir das Gelobte Land betreten.«¹⁶

Was Martin Luther King seit längerem ahnte, wurde einen Tag später blutige Wirklichkeit – die Kugel eines weißen Mörders tötete ihn. Sein Leben endete genau an der Stelle, wo der Kampf gegen die Rassendiskriminierung in einen gemeinsamen Kampf von Menschen aller Rassen um die Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit und des Unfriedens überging. Aber die Erinnerung an sein Leben kann Hoffnung geben auf dem weiteren Weg des Neubeginns der ganzen Menschheit in Gerechtigkeit und Frieden.

Literatur zu Martin Luther King

Martin Luther King, Aufruf zum zivilen Ungehorsam – fünf Vorträge aus dem November und Dezember 1967 mit einem Vorwort von Coretta Scott King, Düsseldorf 1993. (»Stillstand in den Rassenbeziehungen«, »Das Gewissen und der Vietnamkrieg«, »Jugend und soziale Aktion«, »Gewaltlosigkeit und soziale Erneuerung« und »Weihnachtspredigt über den Frieden«)

Arnulf Zitelmann: »Keiner dreht mich um« – Die Lebensgeschichte des Martin Luther King. Weinheim: Beltz Verlag 1985 / 2003. (Die eingeklammerten Seitenangaben beziehen sich auf diese Biografie.)

¹⁷ Arnulf Zitelmann (1985/2003), S. 255–256.

Zeitgeschehen:

Neoliberalismus – Zu den ideengeschichtlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und der Zukunft des Kapitalismus

Anmerkungen zu Heiner Geißlers Kapitalismuskritik

Frank Bohner

Der CDU-Politiker Heiner Geißler hat sich kürzlich wieder zu Wort gemeldet. Anlässlich seines 75. Geburtstages am 3. März 2005 forderte er in einem dpa-Gespräch erneut die Entwicklung einer Konzeption, die im Gegensatz zum kapitalistischen Wirtschaftssystem stehe.¹ Wir müssten uns aus dem Schlepptau des Neoliberalismus befreien, der die Interessen des Kapitals über das der Menschen stelle und für eine Erhöhung der Kapitalrendite die Entlassung von Zehntausenden von Menschen in Kauf nehme. Geißler stellt hier Kapitalismus und Neoliberalismus in einen gemeinsamen Kontext.

In der Tat ist »Neoliberalismus« heute ein zentraler Begriff der politisch-wissenschaftlichen Diskussion. Zwingend notwendig erscheint jedoch die Unterscheidung der ursprünglichen, historischen Bedeutung von Neoliberalismus auf der einen Seite und der – im Zeichen der Globalisierung stehenden – aktuellen Neoliberalismus-Diskussion auf der anderen Seite.

Der Neoliberalismus-Begriff wurde in den 1930er Jahren eingeführt, um die Arbeiten einer Gruppe von Wis-

senschaftlern zu kennzeichnen, welche die theoretischen Grundlagen für eine ›geläuterte‹, nicht ›ökonomistisch verengte‹ Marktwirtschaft (der späteren Sozialen Marktwirtschaft) schufen: Er umfasst den Ordoliberalismus der Freiburger Schule Walter Euckens und Franz Böhms, den soziologischen Liberalismus Wilhelm Röpkes, Alexander Rüstows und Alfred Müller-Armacks sowie (in einer weiteren Abgrenzung) den evolutischen Liberalismus Friedrich August von Hayeks.

Damit ist die paradoxe Situation entstanden, dass die heutigen Kritiker des Neoliberalismus – zumeist unwissentlich – jene Ökonomismus-Kritik aufgreifen, die vor 50 Jahren von einer Gruppe von Ökonomen entwickelt wurde, die sich selbst als »neoliberal« bezeichneten.²

Ein Beispiel: Albert Fink, Mitbegründer und langjähriges Vorstandsmitglied der GLS-Gemeinschaftsbank, Bochum, plädierte vor einiger Zeit im Zuge der Kritik an »unserem ... neoliberalistisch geprägten und global orientierten Wirtschaftssystem« für »die Schaffung von Bedingungen, die ethisches Handeln ermöglichen«.³

Dies ist eine wichtige und grundlegende, jedoch keinesfalls neue Forderung. Denn bereits vor über 50 Jahren forderte der oben erwähnte Walter Eucken: »Die Gesamtordnung sollte so sein, dass sie den Menschen das Leben nach ethischen Prinzipien ermöglicht.«⁴ Beide Forderungen nach vernunftgemäßen Rahmenseetzungen für die Wirtschaft stimmen vollkommen überein. Die Begründer des Neoliberalismus der 1930er Jahre bis hin in die Zeit des Aufbaus der Sozialen Marktwirtschaft wollten offenbar in wesentlichen Punkten gerade das Gegenteil dessen, was heute als neoliberal verstanden wird.

Heute noch überaus aufschlussreich ist z. B. die Kapitalismuskritik von Alexander Rüstow.⁵ Rüstow bezeichnete den Kapitalismus als subventionistisch-monopolistisch-protektionistisch degenerierte Form der Marktwirtschaft.⁶

Im Gegensatz zu vielen Zeitgenossen, die zahlreiche Übel durch die »Konkurrenzwirtschaft« verursacht sehen, plädierte er allerdings für eine »Marktwirtschaft der vollständigen Konkurrenz«⁶. Nach Rüstow sei es freilich »nicht so, dass mit ökonomischer Zwangsläufigkeit und Unvermeidlichkeit aus der Marktwirtschaft der Kapitalismus, aus dem Kapitalismus der Imperialismus und aus dem Imperialismus endlich der Kommunismus hervorgehen müsse. Die Entwicklung der Marktwirtschaft zum Kapitalismus« sei vielmehr »eine krankhafte Entartungserscheinung.« Der »Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Imperialismus« beruhe »gerade nicht auf den marktwirt-

schaftlich-ökonomischen, sondern auf den marktwirtschaftswidrigen und -feindlichen, außerökonomischen Bestandteilen des Kapitalismus«.⁷

Rüstows Schlussfolgerung: »Es bleibt uns nichts anderes übrig, als mit dem Mut der Verzweiflung nach dem ›dritten Wege‹ zu suchen, der zwischen dem zusammengebrochenen historischen Liberalismus und dem drohenden Kollektivismus die Menschheit zu einer neuen Möglichkeit führt, als Menschen menschlich und menschenwürdig zu leben.«⁸

An Rüstows Vorstellungen knüpft auch Heiner Geißler an⁹: soziale Marktwirtschaft sei nicht identisch mit dem Kapitalismus. Sie war, so Geißler weiter, ein Bündnis des Ordoliberalismus der Freiburger Schule (Walter Euckens, der Verf.), der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik. Sie habe ein ethisches Fundament gehabt und vor allem den geordneten Wettbewerb gekannt. Geißler erinnert an Fusionskontrolle und Kartellgesetzgebung, verschweigt jedoch die schweren Geburtsfehler der Sozialen Marktwirtschaft, in deren Konzeption die Bedeutung der Geld- und der Bodenfrage nicht bzw. nur unzureichend berücksichtigt wurde. Auf diese Fehler hatten von Anfang an Mitglieder der 1953 von Vertretern der Freiburger Schule und »Freiwirtschaftlern«, d.h. Anhängern Silvio Gesells, gegründeten Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) immer wieder hingewiesen. Alexander Rüstow war zeitweise Vorstandsmitglied der ASM, Ludwig Erhard, der Vater des »Wirtschaftswunders«, war Ehrenmit-

glied. Gründungsvorsitzender war der Freiwirtschaftler Otto Lautenbach. Vorstand und Beirat der ASM bestanden anfangs je zur Hälfte aus Freiwirtschaftlern und ›Neoliberalen‹. Im Beirat der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft saß anfangs auch Dr. Heinz-Hartmut Vogel, Mitbegründer und langjähriges Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung. Nach Lautenbachs Tod am 18.7.1954 wurde der freiwirtschaftliche Einfluss auf die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft auch personell ausgeschaltet oder neutralisiert¹⁰. Man kann es nur als Tragik bezeichnen, dass dadurch die historische Chance, die freiwirtschaftlichen Erkenntnisse in die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft einzufügen, ungenutzt blieb. Die ASM – sie existiert übrigens noch heute – wandelte sich zu einer ›Veranstaltung‹, in der zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht mehr unterschieden wird.

So gesehen ist es erfreulich, wenn Heiner Geißler an die immer noch aktuellen historischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft erinnert. Eindringlich fordert er, dass das Kapital den Menschen zu dienen habe und nicht umgekehrt. Weiter verlangt er die Schließung von ›Off-Shore-Zentren‹ genannten Steuerparadiesen, aus denen heraus das globale Spiel der Spekulation betrieben werde. Notwendig wäre laut Geißler eine Demokratisierung internationaler Institutionen wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation. All dies sind auch Forderungen globalisierungskritischer Or-

ganisationen. Da Heiner Geißler seine Kritik am globalisierten Kapitalismus nicht nur immer vehementer, sondern auch mit zunehmender Präzision vorträgt, kann man auf weitere Entwicklungen und Diskussionen gespannt sein.

¹ Handelsblatt vom 02.03.2005

² Siehe besonders »Die zwei Neoliberalismen« von Andreas Renner in: »Fragen der Freiheit«, Heft 256/2000, S. 48–64. Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, D-73087 Bad Boll. www.sffo.de

³ Albert Fink: Kapital für eine Werte bildende Landwirtschaft. Zeitschrift »Ökologie und Landbau«, Heft 121/2001, S. 41–44

⁴ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 1990, S. 199

⁵ Alexander Rüstow (8.4.1885 – 30.6.1963) war Soziologe und Volkswirtschaftler, von 1933–1950 in Istanbul, ab 1949 in Heidelberg.

⁶ Alexander Rüstow: Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus. Bad Godesberg 1950, S. 74f.

⁷ siehe Anm. 6, S. 76f.

⁸ siehe Anm. 6, S. 90f.

⁹ »Das Kapital hat den Menschen zu dienen«, Stuttgarter Zeitung vom 12.03.2005

¹⁰ Zur Geschichte der ASM siehe Ernst Winkler (1980): »Freiheit? Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung«. Sonderdruck FRAGEN DER FREIHEIT. Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung

Die Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst. Für nicht-verlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Vierteljahresschrift »Fragen der Freiheit«

Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.

Begründet durch Diether Vogel †, Heinz-Hartmut Vogel †,

Lothar Vogel †

Redaktion: Fritz Andres % Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.,
Badstr. 35, D-73087 Boll, Telefon (07164) 3573
Fax (07164) 70 34, E-mail info@sffo.de
Internet www.sffo.de

Preis: Jahresabonnement Euro 25,—, sfr. 40,—
Jahresabonnement für Schüler, Studenten und Auszubildende: Euro 15,—, sfr. 25,— (einschließlich Versandkosten)

Einzelhefte: Euro 5,—, sfr. 8,— (zuzügl. Versandkosten)

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von Euro 60,—, sfr. 100,— pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Sammel-mappen: jeweils für 1 Jahr Euro 5,—, sfr. 8,—
zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011, BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 482 999 004, BLZ 600 697 66

Postbank: Frankfurt am Main 26 1404-602, BLZ 500 100 60
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9

ISSN 0015-928 X

Satz: Mediendesign Späth GmbH, 73102 Birenbach

Druck: Druckerei Müller, 73102 Birenbach

Printed in Germany